

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 185. Ratssitzung vom 16. Dezember 2017

### 3589. 2017/311

**Weisung vom 13.09.2017:**

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 184, Beschluss-Nr. 3589/2017)

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 199. und 200. (Postulat GR Nr. 2017/441)

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Letztes Jahr forderte die GLP noch eine Reduktion um 50 %. Der diesjährige Antrag kommt als braver Plafonierungsantrag daher. In der Begründung ist die Pathologisierung, von der wir nun bereits einige Male gehört haben, gut beschrieben. Aus unserer Sicht dürfte der Antrag noch etwas weiter gehen. Er ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Daher unterstützen wir die GLP.*

**Rosa Maino (AL):** *Die Datenlage ist etwas dürftig. Die Bemerkung «je nach Quelle und Zählart» zeigt, dass die Daten auf Seiten der Postulanten eine bedenkliche Interpretationsunsicherheit aufzeigen. Die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik geht davon aus, dass insgesamt 17–20 % aller Kinder im Laufe ihrer Schulzeit eine niederschwellige Unterstützung in der Integration benötigen. Im Postulat der GLP wird aber davon gesprochen, dass lediglich zwischen 5–10 % der Kinder und Jugendlichen von einer ernsthaften Entwicklungsstörung betroffen sind. Das würde heissen, dass die rund 20 % mit leichten bis mittleren Lern- und Verhaltensproblemen keine fachspezifische Unterstützung erhalten sollen. Die AL-Fraktion ist damit nicht einverstanden, besonders auch nicht in Anbetracht der Anforderungen, die die integrative Förderung an die Lehrkräfte und an die Schülerschaft stellt. Auch sind wir überzeugt, dass die leichten bis mittleren Förderbedürfnisse nicht eliminiert werden können, indem man die sonderpädagogischen Abklärungen und Fachbetreuungen reduziert. Erwähnen wollen wir auch die Chancengerechtigkeit. Die individuellen Förderbedürfnisse zu negieren und gleichzeitig im Zusammenhang mit der Tagesschul-Weisung Chancengerechtigkeit zu propagieren, ist ein unübersehbarer Widerspruch. Das Postulat macht uns Sorgen. Wir haben versucht, mit einer Textänderung eine Schadensminderung zu bewirken. Sie lautet wie folgt: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Ausgaben- und Stellenwachstum im Bereich der Sonderpädagogik beendet und die freiwerdenden Ressourcen in den Regelklassen eingesetzt werden können.» Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Textänderungsantrag insofern unlogisch sei, als dass bei einem Wachstumsstopp keine Mittel freiwerden. Das*

mag korrekt sein. Jedoch kommt bei dem zu erwartenden massiven Anstieg von Schülerinnen und Schülern jeglicher Lehrkräftewachstumsstopp einem Abbau gleich. Die AL wird das Postulat und auch die beiden Budgetänderungsanträge ablehnen.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Wir haben uns in der Stadt für die integrative Schule entschieden. Wir Grünen halten es nach wie vor für eine gute Idee, dass man in der Schule möglichst alle Kinder gemeinsam schulen will. Eine Lehrperson allein kann aber nicht 20 bis 25 Kinder individuell führen. Ein Mittelmass ist für die einen Kinder zu schnell und zu kompliziert und für die anderen zu langsam oder zu einfach. Sie reagieren, indem sie sich langweilen, indem sie stören, unabhängig davon, ob sie unter- oder überfordert sind. Wenn man alle Kinder gemeinsam schulen will, braucht es zusätzliche Lehrpersonen. Es braucht sonderpädagogische Mitunterstützung in den Regelklassen. Es braucht zusätzlich eine Person, die die Kinder individuell fördern kann. Wenn man hier kürzen will, müsste man ehrlich sein und zugeben, dass man das alte Modell bevorzugen würde, bei dem die Kinder in separaten Klassen untergebracht worden sind. Diese Kinder wurden aber stigmatisiert. Sie hatten Schwierigkeiten wegen Leistungsbehinderungen und durch die Separierung gab man ihnen die Selbstwertsenkung und die Stigmatisierung mit auf den Weg. Wenn wir allen Kindern die gleichen Chancen ermöglichen wollen in der Regelklasse, braucht es zusätzliche Unterstützung. Wir können gerne prüfen, wie das erfolgen soll, aber nicht mit dem Ansatz, dass es zu viel hat. Wenn man den Anspruch, was integrative Schule bedeutet, ernst nehmen will, hat es an verschiedenen Orten zu wenig. Wir lehnen das Postulat ab. Wir wollen, dass Kinder, die bereits Beeinträchtigungen haben, nicht noch stigmatisiert werden.

**Stefan Urech (SVP):** Von Lehrpersonen egal welcher Parteifarbe hört man, dass der grösste Fehler die Auflösung der Sonderklassen war. Es wird im Rat jeweils so dargestellt, als handle es sich bei Schülern mit besonderen Bedürfnissen um Beeinträchtigte. Ich spreche nicht von Kindern mit Behinderungen, sondern von Kindern, die sehr verhaltensauffällig sind und in einer Klasse die volle Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die Lehrer sind bei diesen Kindern der Meinung, dass sie in Sonderklassen besser aufgehoben wären, da sie in den Regelklassen die schwachen Schüler behindern, die Lernschwächen haben, aber gerne etwas lernen würden. Man sagt, die Kinder würden stigmatisiert, wenn sie in einer Sonderklasse wären. Es ist aber ebenso stigmatisierend, wenn ein Sonderpädagoge neben den Sonderschülern sitzt und alle in der Klasse wissen, wer der Sonderschüler ist. So zu tun, als ob man dadurch die Stigmatisierung aufgehoben hätte, ist Wunschdenken. Man darf die Lehrpersonen der Stadt zudem nicht unterschätzen. An der Pädagogischen Hochschule wird man stark auf die Heterogenität in den Klassen geschult. Ein guter Lehrer oder eine gute Lehrerin kann auf die verschiedenen Wünsche eingehen, wenn diese nicht so weit auseinanderklaffen wie es derzeit der Fall ist.

**Karin Weyermann (CVP):** Wir lehnen die Textänderung ab. Wenn man das Ausgaben- und Stellenwachstum beendet, werden keine Mittel frei. Wir sind der Absicht, dass man die Regelklassen stärkt, nicht abgeneigt. Mit der Ausgangslage, dass keine Mittel frei werden, kann man diese aber nicht zusätzlich in die Regelklassen investieren. Die Zuteilung der sonderpädagogischen Massnahmen erfolgt erst dann, wenn Eltern, Schullei-

tung und Lehrer sich einig sind. Wenn man sich nicht einig ist, findet eine schulpsychologische Abklärung statt. Ich bin überzeugt, dass die Lehrer fähig sind, mit Herausforderungen dieser Art umzugehen. Wir sprechen dabei nicht von Kindern, die aus medizinischen Gründen und auf der schulpsychologischen Ebene tatsächlich ein Bedürfnis nach sonderpädagogischen Massnahmen haben. Wir stehen hinter der integrativen Förderung. Auch diese ist eine sonderpädagogische Massnahme. Sie soll weiterhin existieren. Wir sind aber überzeugt, dass dies ohne ein Ausgaben- und Stellenwachstum möglich ist. Deshalb unterstützen wir das Postulat und sind überzeugt, dass die Überprüfung notwendig ist und erfolgreich durchgeführt werden kann. Zum Sparantrag: Wir werden in der Minderheit 2 bleiben. Nach eingehender Überprüfung und Diskussion sind wir überzeugt, dass man den Betrag einsparen kann. Wir möchten allerdings, dass die Begründung geöffnet wird, die sich derzeit auf Logopädie und Psychomotorik konzentriert. Diese Bereiche machen den grössten Anstieg aus. Es gibt auch im Bereich Deutsch als Zweitsprache einen Anstieg. Insgesamt ist bei den städtischen Lehrkräften im Übrigen eine Stellenreduktion zu verzeichnen. Man schaut bereits jetzt genau hin. Man könnte aber sicherlich noch genauer darauf achten, damit ein Stellenausbau in diesem Umfang nicht notwendig ist und man den Betrag über alle städtischen Lehrkräfte hinweg einsparen kann.

**Johann Widmer (SVP):** Ich votiere hier für Einsparungen. Es ist eine Zumutung, dass man die integrative Schule durchgebracht hat. Es ist mir bewusst, dass Volksabstimmungen dahinterstehen. Die Medien leisteten allerdings dabei eine grosse Unterstützung und das Thema genoss einen breiten Rückhalt. Es sind Staatsindoktrinationen der feinsten Art. Die Linken beten nichts anderes als das nach, was ihre Vordenker aus den 60er-Jahren schon längst kennen. Die Parallelen sind klar erkennbar.

**Isabel Garcia (GLP):** Es geht uns nicht um einen Ausstieg aus der integrativen Förderung. Es geht auch nicht – und hier kommen wir zum Thema Warteliste – um Kinder mit einer klaren medizinischen oder psychiatrischen Diagnose. Es wurde in mehreren Fragerunden besprochen, welche Bereiche von der Kürzung betroffen sind. Es handelt sich um Bereiche, in denen im kleinen Rahmen ohne eine medizinische oder psychiatrische Diagnose gearbeitet wird. Schwierige Situationen sind in einer Schule und im Leben relativ normal. Wir sehen die Problematik vor allem dort, wo mit niederschweligen Massnahmen versucht wird, das Problem auszulagern. Bei den Zahlen besteht eine grosse Unklarheit, was durch wen erhoben wurde und wie beschrieben wurde. Es wäre gut, wenn dort durch den Stadtrat eine Klärung stattfinden würde. Es freut mich, wenn vielleicht auch herauskommt, dass das Postulat bereits umgesetzt wurde. Zu den 5–10 %: Diese Zahlen stammen von Remo Largo und Allan Guggenbühl, die auf diesem Gebiet unanfechtbar als Fachpersonen gelten. Wir dürfen uns auf diese Zahlen verlassen und unsere Überlegungen für die Zukunft davon leiten lassen.

**Muammer Kurtulmus (Grüne):** Was uns trennt, ist, von welchen Zahlen wir ausgehen. Die GLP ist der Meinung, dass die Zahlen zu hoch sind. Ich habe mir überlegt, wo der Fehler liegen kann. Auf der Website ist von 50 % die Rede, wir haben nun von 5–10 % gehört. Diese Diskrepanz ist gross. Die Antwort liegt darin, dass die Schulkarriere eines Kindes von 11 Jahren genommen wird. Wenn das Kind in der 1. Klasse 6 Monate Logo-

pädie besucht hat, gehört es zur entsprechenden Gruppe. Bei meiner Familie würde diese Quote genau 50 % betragen, weil meine Tochter in der 2. Klasse Logopädie besucht hat. Das Problem liegt vermutlich daran, dass die Grundintension der Postulanten beim Sparen liegt und nicht bei den Kindern. Wenn das Sparen im Vordergrund steht, findet man immer einen Grund. Wenn wir das Thema künftig nochmals behandeln, möchte ich, dass mit echten Fakten gearbeitet wird. Bis eine sonderpädagogische Massnahme eingeleitet wird, sind grosse Hürden zu überwinden. Der Lehrer muss aufgrund seiner Beobachtungen zum Schluss kommen, dass das Kind eine Massnahme braucht. Er muss die Eltern darüber informieren und die Eltern müssen mit der Massnahme einverstanden sein. Keine Lehrperson macht das freiwillig. Auch während der Massnahme werden immer Rückfragen gestellt. Die Lehrpersonen nehmen solche Handlungen nicht umsonst vor. Das wird auch künftig nicht so sein.

**Walter Angst (AL):** Isabel Garcia (GLP) sagte, sie habe aus den Zahlen herausgefunden, wie man die 800 000 Franken streichen könne. Ich habe versucht, in irgendeiner Form herauszufinden, wie die Ressourcenplanung auf den beiden Konti – Löhne des Betriebspersonals und Löhne des Lehrpersonals – stattfindet. Ich habe Dutzende von Dokumenten studiert. Ich habe die Beschlüsse der Kreisschulpräsidentenkonferenz zu den Ressourcen angeschaut. In diesem Bereich – und das ist vielleicht die Quintessenz dieser Debatte – ist es weder möglich, genau zu sagen, wie budgetiert wird und was enthalten ist und was nicht, noch ist es möglich, über das Parlament in irgendeiner Form eine Ressourcenplanung vorzunehmen. Es wäre wünschenswert, dass diesbezüglich eine Änderung stattfindet. Vielleicht ist es in dieser Struktur mit Schulamt, Kreisschulpflegen, Kreisschulpräsidentenkonferenzen und Stadtrat aber gar nicht möglich. Es ist mir immer noch nicht klar, wer für die Ressourcenzuteilung zuständig ist.

**Alan David Sangines (SP):** Es ist erstaunlich, dass die CVP sagte, es seien bereits Reduktionen vorgenommen worden, man verstehe aber die Kürzung so, dass man noch genauer hinsehen könnte. Der Stadtrat sagte bereits, dass man alles sehr genau überprüft habe. Es wird gefordert, dass acht Stellen bei der Logopädie abgebaut werden sollen. Isabel Garcia (GLP) sagte, dass der Abbau nicht dort stattfinden solle, wo Wartelisten bestehen und etwas klar indiziert ist. Der Stadtrat sagte, dass gerade in der Logopädie massive Wartelisten bestehen. Damit zu argumentieren, es gäbe schwierigere Phasen im Leben, ist schwierig, wenn dies bei Kindern vorgebracht wird, bei denen abgeklärt wird, ob sie Logopädie brauchen. Logopädie bedeutet, dass Kinder nicht verstehen, was andere sagen, dass sie bekannte Wörter nicht finden, dass sie beim Lesen und Schreiben nicht nachkommen, dass sie stottern. Dies kann den Schulalltag der Kinder massiv behindern. Wenn man dann sagt, das sei eine schwierige Situation und das gehe vorbei, halte ich das für eine problematische Aussage für die betroffenen Kinder und Eltern. Wir haben die Zahlen gehört. Die Sonderschulquote ist abnehmend. Die Therapiequote ist abnehmend. Jetzt zu sagen, man wolle auf Vorrat kürzen und nachher könne man zeigen, wie die Zahlen genau aussehen, ist nicht seriös. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen, um zu zeigen, dass alles bereits erfüllt ist. Präventiv noch ein bisschen kürzen zu wollen, ist nicht seriös, gerade in diesem wichtigen Bereich, in dem am Ende die Kinder, die Familien und die Eltern leiden.

**Marcel Tobler (SP):** Ich kann nicht verstehen, dass die GLP Stellen bei der Logopädie kürzen will. Eine niederschwellige Problematik braucht ebenso niederschwellige Lösungsansätze und Methoden, damit die Kinder lernen, wie sie den Umgang mit motorischen Problemen lösen können, so etwa den Unterschied zwischen «sch» und «s». Dies kann man in der Regelklasse nicht üben, auch die Eltern verfügen vermutlich nicht über das Wissen, wie sie mit diesen Problemen umgehen können. Es braucht Logopädie, es braucht kindgerechte Methoden, wie das Kind üben und Fortschritte erzielen kann. Es ist unverständlich, dass man hier Stellen streichen will. Den Kindern wird Unrecht getan. Wenn sie sich in diesen Themen nicht im Kindesalter verbessern können, behalten sie sie ein Leben lang.

**Isabel Garcia (GLP):** Es hat sich nun in der Diskussion gezeigt, dass grosse Unklarheiten darüber bestehen, wovon wir sprechen und wie die Ressourcenplanung vorgenommen wird. Wir sind gespannt, welche Erkenntnisse uns der Stadtrat präsentieren wird und ich hoffe, dass daraus ein Erkenntnisgewinn für uns alle resultieren wird, sei es im finanziellen, im prozeduralen oder im inhaltlichen Bereich.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

**STR Gerold Lauber:** Ich bedaure, dass wir mit den Zahlen offensichtlich nicht überzeugen konnten. Es wurde wochenlang an diesem Thema gearbeitet und Hunderte von Fragen beantwortet. Der Direktor des Schulamts war Tag und Nacht an der Arbeit. Die Zahlen, die ich präsentiert habe, sind korrekt. Wir bringen es in die Spezialkommission und legen es offen. Es ist aber nicht fair, sich jetzt auf Unklarheiten zu berufen. Hätten wir alles präzise gehabt, wäre das Ergebnis vermutlich dasselbe.

S. 328	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3020 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne der Lehrkräfte</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>199.</b>	Antrag Stadtrat				64 706 700	Mehrheit
			6 000 000		58 706 700	Minderheit 1
			820 000		63 886 700	Minderheit 2
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	SVP: Rückbau bei Aufgabenstunden, situativer Förderung, Back to School, Einzelunterricht, Betreuung durch Lehrpersonen, Schulkultur, Logopädie und Psychomotorik, Rotationsgewinne wieder budgetieren; GLP: Plafonierung sonderpädagogische Massnahmen, keine Stellenschaffungen für Sonderpädagogik, Reduktion 8,2 Stellen		

6 / 72

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 108 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf):

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
171	Albrecht	Patrick	FDP	ENTHALTEN
084	Angst	Walter	AL	JA
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
121	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	ENTHALTEN
168	Baumer	Michael	FDP	ENTHALTEN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
061	Blättler	Florian	SP	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	ENTHALTEN
031	Brander	Simone	SP	JA
120	Brunner	Alexander	FDP	ENTHALTEN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	ENTHALTEN
069	Bürgisser	Balz	Grüne	JA
002	Bürki	Martin	FDP	ENTHALTEN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	ENTHALTEN
130	Egli	Andreas	FDP	ENTHALTEN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
062	Erdem	Niyazi	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA

7 / 72

101	Garcia	Isabel	GLP	ENTHALTEN
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
102	Gredig	Corina	GLP	ENTHALTEN
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	ENTHALTEN
160	Hüni	Guido	GLP	ENTHALTEN
116	Huser	Christian	FDP	ENTHALTEN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	ENTHALTEN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	ENTHALTEN
046	Kraft	Michael	SP	JA
099	Krayenbühl	Guy	GLP	ENTHALTEN
001	Küng	Peter	SP	JA
054	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	ENTHALTEN
134	Leiser	Albert	FDP	ENTHALTEN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
178	Liebi	Elisabeth	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	ENTHALTEN
077	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	ENTHALTEN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	ENTHALTEN

8 / 72

161	Meyer	Pirmin	GLP	ENTHALTEN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	ENTHALTEN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	ENTHALTEN
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	ENTHALTEN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
044	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
112	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	ENTHALTEN
005	Rudolf	Reto	CVP	ENTHALTEN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
003	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
176	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	ENTHALTEN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	ENTHALTEN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
110	Señorán	Maria del Carmen	SVP	NEIN
098	Siev	Ronny	GLP	ENTHALTEN
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	ENTHALTEN
124	Sinovic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	ENTHALTEN
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	ENTHALTEN
162	Traber	Christian	CVP	ENTHALTEN

9 / 72

166	Tschanz	Raphaël	FDP	ENTHALTEN
183	Urben	Michel	SP	JA
141	Urech	Stefan	SVP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
119	Vogel	Sebastian	FDP	ENTHALTEN
144	Vogelbacher	Reto	CVP	ENTHALTEN
129	Weyermann	Karin	CVP	ENTHALTEN
109	Widmer	Johann	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	ENTHALTEN
063	Ziswiler	Vera	SP	JA

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(64 706 700)	62 Stimmen (= Ja-Stimmen)
Antrag Minderheit 1	(58 706 700)	23 Stimmen (= Nein-Stimmen)
Antrag Minderheit 2	(63 886 700)	<u>40 Stimmen</u> (= Enthaltung)
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
171	Albrecht	Patrick	FDP	NEIN
084	Angst	Walter	AL	JA
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
121	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
061	Blättler	Florian	SP	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN

10 / 72

031	Brander	Simone	SP	JA
120	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	NEIN
069	Bürgisser	Balz	Grüne	JA
002	Bürki	Martin	FDP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
062	Erdem	Niyazi	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA
101	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
102	Gredig	Corina	GLP	NEIN
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
046	Kraft	Michael	SP	JA
099	Krayenbühl	Guy	GLP	NEIN

11 / 72

001	Küng	Peter	SP	JA
054	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
178	Liebi	Elisabeth	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
077	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
161	Meyer	Pirmin	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
044	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
112	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
005	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
003	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
176	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA

12 / 72

083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
110	Señorán	Maria del Carmen	SVP	NEIN
098	Siev	Ronny	GLP	NEIN
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
124	Sinovic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
141	Urech	Stefan	SVP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
119	Vogel	Sebastian	FDP	NEIN
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
109	Widmer	Johann	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
063	Ziswiler	Vera	SP	JA

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

#### Antrag 201.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Stefan Urech (SVP):** Die Lehrpersonen werden bereits jetzt vom Kanton über den Lehrplan 21 weitergebildet, obwohl wir noch nicht über diesen abgestimmt haben. In gewissen Schulen ist das Interesse am Lehrplan 21 offenbar so gross, dass es noch zusätzliche Weiterbildungsangebote braucht. Der Lehrplan lässt der Lehrperson die totale Freiheit, zu machen, was er will. Er umfasst rund 600 bis 800 Seiten. Der Lehrplan

13 / 72

*ist nicht mehr leistungsorientiert, sondern kompetenzorientiert. Es sind 2304 Kompetenzen zu finden. Eine zusätzliche Weiterbildung nebst der Weiterbildung des Kantons ist nicht nötig. Man sollte den Lehrpersonen den mühsamen Gang an sinnlose Weiterbildungen ersparen und sie stattdessen in dieser Zeit im Schulzimmer unterrichten lassen.*

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit hält Weiterbildungen zum Lehrplan 21 für sinnvoll.

S. 329	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3091 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Aus- und Weiterbildung des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>201.</b>	Antrag Stadtrat				3 657 900	Mehrheit
			1 000 000		2 657 900	Minderheit
		Begründung:	Verzicht auf Weiterbildungen im Bereich Tagesschule und Lehrplan 21, generell im Bereich Aufbau einer Staatsschule nach DDR-Manier			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 202.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Bei diesem Konto fanden in den vergangenen Jahren keine grossen Budgetveränderungen statt. Nun wird das Budget um 30 % erhöht. Begründet wird dies mit mehr Personalveranstaltungen, Dienstjubiläen, Geschenken, Wachstum, Lehrpersonen. Genau dort möchten wir sparen. Man darf durchaus ab und zu ein Jubiläum oder ein Fest feiern. Einsparungen von 100 000 Franken wären aber möglich. Das Wachstum würde immer noch 64 000 Franken betragen und die entsprechenden Anlässe könnten immer noch durchgeführt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Zu den Personalkosten wurden in der RPK allgemein sehr viele Fragen bearbeitet. Die Mehrheit hält die Budgetierung auch auf diesem Konto für sinnvoll.

14 / 72

S. 329	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3099 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Übriger Personalaufwand</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>202.</b>	Antrag Stadtrat				714 200	Mehrheit
			100 000		614 200	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung:	Budgetiertes Ausgabenwachstum ist angesichts des Personalwachstums nicht zu rechtfertigen (inkongruent)		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 203.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Die SVP ist nicht gegen bewährte Aktivitäten wie Schullager und Schulreisen, im Gegenteil. Es handelt sich um wichtige Gefässe für das gegenseitige Kennenlernen und das Teambuilding. Es gilt aber auch hier, sich auf die finanziellen Möglichkeiten zu besinnen und nicht zu überborden. Wenn Integration das Ziel ist, ist es genau das, was die traditionellen Lager und Schulreisen fördern. Sie fördern den Zusammenhalt. Es ist zu hoffen, dass sich Familien mit Kindern, die in die Schweiz kommen, damit auseinandergesetzt haben, welche Werte wir haben. Es ist nicht einzusehen, dass dieser Budgetposten aufgrund von QUIMS und Betreuung in der Endloschleife immer mehr steigt. Wer es nicht schafft, bei Rekordsteuereinnahmen ein zumindest ausgeglichenes Budget zu präsentieren, muss bei allen Budgetposten über die Bücher und eine Optimierung der Ausgaben des Globalkredits überdenken. Wir beantragen eine Kürzung von 500 000 Franken.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die budgetierten Beträge für Veranstaltungen, Lager, Schulausflüge und Qualität in multikulturellen Schulen angemessen sind.

15 / 72

S. 330	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3171 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Auslagen für Veranstaltungen, Reisen, Lager</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>203.</b>	Antrag Stadtrat				5 055 300	Mehrheit
			500 000		4 555 300	Minderheit
		Begründung:	Markante Reduktion der Veranstaltungen Schulkultur, QUIIMS, Verzicht auf schulische Betreuungsangebote, Optimierung der Ausgaben Globalkredit			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 204.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Das Schuldepartement klopft sich wegen der tiefen Kosten auf die Schulter. Es sind rund 700 000 Franken weniger als im Budget 2017 budgetiert. Es sind aber auch 700 000 Franken mehr als im Budget 2016. Einmal mehr halten wir die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter für fragwürdig. Was unter dem Konto verborgen ist, klingt gut: Timeouts in der Schule, Betreuung durch Zivilschutzdienstleistungen, Theaterpädagogen. Es fragt sich aber, ob unsere Kinder durch diese Massnahmen wirklich mehr und besser lernen und ob es nicht besser wäre, wenn sich die Lehrpersonen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren könnten. Wenn die finanzielle Lage übermässig gut wäre, könnte man nochmals darüber sprechen. Das ist aber nicht der Fall. Es ist auf die Dauer schlecht, wenn der Staat mehr Geld ausgibt als er einnimmt oder stets Kredite aufnimmt. Auch hier kommen wieder Dolmetscher zum Zuge. Leitungen, Stab, Schulamt leisten sich offenbar auch externe Dritte. Verantwortungsvoll mit Steuermitteln umzugehen, heisst, darüber nachzudenken, welche Auftragserfüllungen wirklich notwendig sind und welche allenfalls nur wünschbar sind. Wir beantragen eine Kürzung von 900 000 Franken.

**Alan David Sangines (SP):** Wir haben das Konto genau geprüft. Es wurde deutlich weniger budgetiert als im vergangenen Jahr. Zudem sind Leistungen budgetiert, welche

16 / 72

letztendlich kosteneinsparend wirken, wie etwa Betreuung durch Zivildienstleistende.

Weitere Wortmeldung:

**Stefan Urech (SVP):** Eine Bemerkung zur Theaterpädagogik, welche einen grossen Teil des Verbesserungsantrags ausmacht. Es sind über 300 000 Franken für Theaterpädagogik budgetiert. Wir haben nichts gegen Theaterpädagogik. Wir sagen nicht, dass schlechte Arbeit geleistet wird. Schultheater funktionieren aber auch ohne Theaterpädagogen. Früher wurden Schultheater mit Lehrern durchgeführt. Es braucht keine teure Institution. Wenn sich eine Klasse oder ein Jahrgang eignet und die Lehrer zusammenarbeiten, funktioniert es gut.

S. 330	50 5010 3180 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>204.</b>	Antrag Stadtrat				4 518 300	Mehrheit
			900 000		3 618 300	Minderheit
			Begründung:	Verzicht auf Kosten für Timeouts, externe Dienste für Leitung/Stab SAM, Betreuung durch Zivis in der Schule, Restaurantbesuche, Infoanlass Schulkultur, Reduktion bei Dolmetscherdiensten und Theaterpädagogen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 205.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir empfehlen bei der Projektberatung und Projektbegleitung eine Kürzung von 200 000 Franken von gesamthaft 481 500 Franken. Man sollte vermehrt die eigenen Ressourcen nutzen. In den Antworten stand, man würde nur dann externe Fachleute anfragen, wenn die Kompetenz intern nicht vorhanden sei. Aus unserer Sicht sieht das oft anders aus. Es ist einfach, die Verantwortung abzuwälzen, wenn man externe Fachleute beauftragt. Es ist wie bei den Assessments. Man kann dann bei

17 / 72

*Einstellungen immer noch die Verantwortung abwälzen. Man will nicht in eigener Kompetenz hinstehen. Das ist leider ein Zeichen der Zeit. Einige Beispiele, wie man die 200 000 Franken einsparen könnte, sind bei den Coachings von schwierigen Personal-konstellationen zu finden. Es gibt intern bereits so viel HR und Case Management, dass man dies ohne Weiteres selber übernehmen kann. Es sind diverse Posten enthalten, bei denen man viel einsparen könnte, so etwa strategische Projekte beim Direktor des Schulamts, der Tagesschulpilot II und das Projekt SIS, wo externe Fachleute die Integ-rationskraft in den Schulen vorantreiben.*

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit hält die budgetierten Ausgaben bei den Pro-jektbegleitungen für sinnvoll. Insbesondere bei der Tagesschule halten wir diese für ge-rechtfertigt. Vielleicht kann die Projektbegleitung auch der SVP zeigen, dass die Zeit für die Tagesschulen reif ist.

S. 331	50 5010 3186 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbeglei-tung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>205.</b>	Antrag Stadtrat				481 500	Mehrheit
			200 000		281 500	Minderheit
						Enthaltung
						Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Präsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Weniger externe Begleitung für Projekte im Schulamt, Verzicht auf Pro-jektbegleitung Tagesschulen 2025			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltun-gen) zu.

---

Antrag 206.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Zwischen 2014 und 2016 hatten wir bescheidene Kosten von 134 bis 21 000 Franken. 2017 stiegen die Kosten auf 107 000 Franken. 2018 sollen sie auf 225 000 Franken steigen. Dies ist eine massive Steigerung. Als Begründung wird das Projekt Datentransfer Klassen- und Schuladministration angegeben. Gleichzeitig steht in

18 / 72

der Begründung, dass das Produkt und der Lieferant noch gar nicht bekannt sind. Wir schlagen eine Verschiebung ins Jahr 2019 vor. Wenn man weiss, welches Produkt man will und welchen Lieferanten man hat, kann man richtig budgetieren. Das Projekt ist nicht dringend und deshalb gut verschiebbar.

**Alan David Sangines (SP):** Der geschätzte Betrag, der für das Projekt Datentransfer eingestellt wurde, beruht auf Erfahrungen. Wir sind überzeugt, dass die Mittel im Schulamt zurückhaltend verwendet werden.

S. 331	50 5010 3189 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
206.	Antrag Stadtrat				225 000	Mehrheit
			200 000		25 000	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Verzicht auf das Projekt Datentransfer/Klassen- und Schuladministration			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 207.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Elisabeth Liebi (SVP):** Wer sozialistische Ideen erleben will, ist in Zürich herzlich willkommen. Man kann sich nicht vorstellen, was alles mit dem Segen eines Schulvorstehers passiert. Unter diesem Posten ist das Projekt «Back to School» kontiert. Gemäss Flyer bietet das Angebot Schülerinnen und Schülern, die eine Auszeit von der Schule brauchen, die Möglichkeit, an einem Arbeitsintegrationsbetrieb oder im Werkatelier der Sozialen Einrichtungen und Betriebe der Stadt Zürich einen Arbeitseinsatz zu absolvieren. Die Programmteilnahme erlaubt es den Jugendlichen, neue Erfahrungen zu sammeln und sich wieder für die Schule zu motivieren und entlastet ihre Lehrpersonen und ihre Klasse. Das Angebot erfolgt in Kooperation mit dem Schul- und Sportdepartement. Es dauert 8 bis 16 Wochen. Das ist Wahnsinn. Man möchte kaum glauben, was man hier liest. Es wird den Kindern schon früh beigebracht, dass sie ab und zu ein Timeout

*brauchen. Hier sind einmal mehr Betreuungskosten budgetiert. Manchmal hat man den Eindruck, es wird in der Stadt mehr betreut als gelehrt, nach dem Motto, dass jeder einen Personal Coach erhält. Finanziert wird es mit Steuergeldern. Die Aufgabe der Schule ist es aus meiner Sicht, zu lehren und auf das Leben vorzubereiten. Mit einem Timeout und einem Personal Coach wird das nicht funktionieren. Es wird nichts bewirken. Wir beantragen eine Kürzung von 500 000 Franken.*

**Alan David Sangines (SP):** *Ich empfehle allen, mit Lehrpersonen und Eltern von Schülerinnen und Schülern zu sprechen, die am Programm teilgenommen haben, um zu erfahren, wie das Angebot die Klassendynamik und auch die Jugendlichen selber beruhigen kann. Es handelt sich um eine sehr geeignete Massnahme, um den Schulausschluss zu verhindern, der dann definitiv ist. Ich kenne viele Fälle, in denen «Back to School» wirklich geholfen hat. Die Mehrheit hält die Kürzung nicht für sinnvoll.*

Weitere Wortmeldungen:

**Elisabeth Liebi (SVP):** *Ich war neun Jahre in der Schulpflege und damals existierte das Angebot bereits. Wir hatten wirklich schwierige Schüler. Die Lehrer waren gut. Das Angebot hat überhaupt nichts gebracht. Nach einer gewissen Zeit gerieten die Schüler wieder ins genau gleiche Fahrwasser. Das kann nicht das Ziel sein.*

**Stefan Urech (SVP):** *Ich kann die Erfahrungen von Elisabeth Liebi (SVP) nur unterstreichen. Das Angebot ist eine Kapitulation des Schulsystems und der Lehrpersonen vor Kindern, die sich total daneben verhalten. Es wurde nun von Alan David Sangines (SP) so dargestellt, als würden die Kinder nach dem Timeout sozusagen geheilt in die Klasse zurückkommen. Das ist ein Märchen. In 80 % der Fälle zählen die Lehrer die Tage, bis diese Kinder wieder in der Klasse sind und warten dann erneut darauf, dass man sie wieder in ein Timeout schicken kann.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Wir schlagen uns hier die Argumente um die Ohren. Wir werden nicht ans Ziel kommen. Schlussendlich findet jeder für seine Theorie Beispiele. Diese nennen wir uns gegenseitig, damit wir uns gegenseitig überzeugen können. Dr. Jean-Daniel Strub (SP) sagte zu einem früheren Zeitpunkt in der Debatte, man könne diese Beispiele nicht belegen. Das ist normal. Wir könnten hier Zeit einsparen.*

20 / 72

S. 331	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3630 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Beiträge an eigene Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>207.</b>	Antrag Stadtrat				2 594 600	Mehrheit
			500 000		2 094 600	Minderheit
		Begründung:	Verzicht auf Back to School, Reduktion der Kosten für Betreuung von Kindern			
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 208.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Alan David Sangines (SP):** Die Kanzleibibliothek ist eine interkulturelle Bibliothek für Kinder und Jugendliche, aber auch ein Quartiertreffpunkt für Chancengleichheit. Sie bietet über 3300 Kinderbücher in 25 bis 30 verschiedenen Sprachen an. Sie bietet einen Computerraum, um die Medienkompetenz von Jugendlichen zu fördern. Dort bringen auch Jugendliche älteren Menschen den Umgang mit Computer und Handys bei. Auch Mütter können dort den Umgang mit Computern lernen. Über die Jahre wurde die Kanzleibibliothek zu einem Quartiertreffpunkt, der die Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen, aber auch die Medienkompetenz von Jugendlichen, älteren Menschen und Müttern fördert. Angesichts der wichtigen Aufgaben der Bibliothek, die sie in Ergänzung zu den Angeboten anderer Bibliotheken anbietet, ist der städtische Beitrag des Schulamts von 30 000 Franken bescheiden. Aus der Sicht der Mehrheit ist es unverständlich, dass der Betrag nicht weiterhin gesprochen werden soll. Wir haben im Laufe der Budgetdebatte aus den Reihen der SVP im Zusammenhang mit der Lesegesellschaft Wollishofen gehört, dass Bibliotheken gut sind, die Kindern noch Bücher in die Hand geben. Die ausländischen Kinder sollten genau gleich behandelt werden. Die bescheidenen, aber wertvollen Angebote sollten weitergeführt werden können.

**Michael Baumer (FDP):** Der Mehrheitssprecher hat es so dargestellt, als ob hier eine willkürliche Kürzung beantragt worden wäre. Die 30 000 Franken wurden gesprochen,

21 / 72

*weil die Primarschule Aussersihl zum jetzigen Zeitpunkt keine eigene Bibliothek hat und die Kanzleibibliothek mitbenutzt hat. Dafür gab es eine Entschädigung. Im Schulhaus Kern, das sich in der Wiederinstandsetzung befindet, gibt es eine Schulbibliothek. Somit gibt es keinen Grund mehr, extern Leistungen einzukaufen. Das ist der Hintergrund für den Kürzungsantrag. Wenn man die 30 000 Franken nochmals spricht, entspricht dies einer Erhöhung. Die integrierte Schulbibliothek steht zur Verfügung und soll auch genutzt werden. Die Leistung wird nicht mehr eingefordert und muss somit auch nicht mehr vergütet werden.*

Weitere Wortmeldung:

**Dubravko Sinovcic (SVP):** Zum Votum von Alan David Sangines (SP): Man kann die beiden Fälle nicht vergleichen: 10 000 Franken sind nicht gleich viel wie 30 000 Franken, und es geht hier insgesamt um einen Beitrag von über 300 000 Franken. Bei der Lesegesellschaft Wollishofen ging es um 10 000 Franken. Es werden Birnen mit Äpfeln verglichen. Die ausländischen Kinder dürfen gerne Deutsch lernen. Dann können sie nach Wollishofen in die Bibliothek.

S. 331	<b>50 5010 3650 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Beiträge an private Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>208.</b>	Antrag Stadtrat			30 000	319 800 Minderheit  349 800 Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)  Alan David Sangines (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)  Enthaltung Präsident Walter Angst (AL), Christian Traber (CVP)
		Begründung:	Weiterführung des Betrags an Kanzleibibliothek, da wichtige Ergänzung zu Bibliotheken			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

22 / 72

Antrag 209.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Unsere Begründung für den Kürzungsantrag lautet, dass Kinder nur noch konstruktiven, positiven Kunsterlebnissen ausgesetzt werden sollen und auf Besuche im Schauspielhaus und im Theater Neumarkt verzichtet werden soll. Wir möchten erwähnen, dass wir nicht alle Kulturinstitutionen gestrichen haben. Es ist immer noch viel Geld vorhanden. Aber die genannten Institutionen möchten wir unseren Kindern nicht zumuten.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Schulen heute sehr gut darauf achten, dass die Kinder positiven Kunsterlebnissen ausgesetzt werden und lehnt den Antrag deshalb ab.

S. 332	50 5010 3652 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Kulturförderungsbeiträge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>209.</b>	Antrag Stadtrat				462 200	Mehrheit
			127 200		335 000	Minderheit
		Begründung:	Kinder nur noch konstruktiven, positiven Kunsterlebnissen aussetzen, keine Besuche im Schauspielhaus und im Theater Neumarkt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

23 / 72

Antrag 210.

S. 332	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3910 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Vergütung an OIZ für IT-Leistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>210.</b>	Antrag Stadtrat				13 081 000	Mehrheit
			1 500 000		11 581 000	Minderheit
						Enthaltung
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht auf exklusive Nutzung persönlicher Geräte im Projekt KITS NG, reduzierte und verlangsamte Anschaffungen			

Walter Anken (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 211.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Auf diesem Konto hatten wir 2016 und 2017 rund 10,6 Millionen Franken. Für 2018 verzeichnen wir ein Wachstum um 1,7 Millionen Franken. Dies kommt einem Wachstum von 16 % gleich. Begründet wurde die Erhöhung mit der wachsenden Anzahl Schüler. Allerdings liegt dieses bei 7,6 % und nicht bei 16 %. Beim sonstigen Aufwand für Material und Dienstleistungen verzeichnen wir ein Wachstum von 400 000 Franken. Auf diesem Konto könnten 500 000 Franken eingespart werden. Man kann die Lehrmittel immer noch beschaffen. Wir möchten auch in den Schulen mehr IT einsetzen. Das ist das Ziel, das ist die Zukunft.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit hält das Verhältnis von eingekauften Lehrmitteln und IT-Einsatz für gut und lehnt die Kürzung ab.

24 / 72

S. 332	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3911 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>211.</b>	Antrag Stadtrat				12 629 400	Mehrheit
			500 000		12 129 400	Minderheit
						Enthaltung
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Reduktion in Einkauf Lehrmittel durch vermehrten Einsatz der IT

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 212.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Auf dem Konto der Löhne wollen wir 104 600 von 3,8 Millionen Franken einsparen. Die damalige Jugendmusikschule kostete uns 2009 noch 24,7 Millionen Franken. Danach setzte der Förderwahn ein. Wir stehen nun bei 40,6 Millionen Franken. Das entspricht einer Erhöhung von 64 %. Man wird diese Erhöhung vermutlich mit den explodierenden Schülerzahlen begründen. Seit 2009 betrug das Schülerwachstum aber nur 15 %. Der Förderwahn beträgt das Vierfache. Es geht uns um die Kinder, nicht primär um die Kosten. Die Kosten gehören dazu. Wir versuchen durch unsere Kürzungsanträge, gemäss unserer Überzeugung zugunsten der Kinder zu wirken. Es werden solipsistische Leuchtturmkinder mit null internationaler Ausstrahlung produziert. Man denkt, wenn Kinder nur richtig gefördert werden, werden sie Megastars. Mit dieser Denkweise wird der Förderwahn immer teurer werden. Wir wehren uns dagegen. Wir kürzen ein Vollzeitäquivalent. Aus unserer Sicht wäre es ein Anfang. Danach könnte allenfalls langsam eine Korrektur eingesetzt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit hält es nicht für seriös, pauschal betriebliche Optimierungen zu fordern, ohne diese konkret zu beschreiben.

25 / 72

S. 336 **50**  
**5026**  
**3010 0000**

**SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**  
**Musikschule Konservatorium Zürich**  
**Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>212.</b>	Antrag Stadtrat			3 830 000	Mehrheit Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		104 600		3 725 400	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Mehraufgaben durch betriebliche Optimierungen bewältigen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 213.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 50 000 Franken von gesamthaft 530 000 Franken. Bei den Musiklagern beantragen wir keine Kürzung. Das Volk hat entschieden, dass sich in der Florhofgasse ein repräsentativer Bau für das MKZ befinden soll. Ich verstehe nicht, warum man in den Quartieren noch zahlreiche Quartierkonzerte durchführen soll. Es sind 60 000 Franken für Quartierkonzerte budgetiert, 63 000 Franken für weitere Feste und Veranstaltungen, 18 000 Franken für Theaterveranstaltungen. In diesen Bereichen ist es möglich, 50 000 Franken einzusparen.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit hält es für sinnvoll, wenn man etwas für die Quartiere tut und auch dort Theaterveranstaltungen und Konzerte aufführt.

26 / 72

S. 337	<b>50 5026 3171 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Musikschule Konservatorium Zürich Auslagen für Veranstaltungen, Reisen, Lager</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>213.</b>	Antrag Stadtrat				530 000	Mehrheit
			50 000		480 000	Minderheit
		Begründung:	Günstigere Durchführung von Konzerten, Festivals und Festen, Verzicht auf Theaterveranstaltungen			
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 214.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Wir schlagen eine Kürzung von 50 000 Franken vor. Wir wollen, dass eine günstigere Produktion von Flyern angestrebt wird. Man sollte auch hier im elektronischen Zeitalter angekommen sein. Zudem verlangen wir weniger Dienstleistungen bei Veranstaltungen. Man trifft hier auf altbekannte Kulturindustrielle wie beispielsweise das Theater Rigiblick oder das Theater Stadelhofen. Erneut sind Konzerte in den Quartieren budgetiert, zudem Förderprogramme und übrige Veranstaltungen. Es sollte möglich sein, 50 000 Franken einzusparen.*

**Alan David Sangines (SP):** *Die höheren Ausgaben sind auf Projekte wie zum Beispiel die London Jugendtournee Sinfonieorchester zurückzuführen, die durch die Förderstiftung MKZ auch zurückgezahlt werden. Deshalb hält die Mehrheit die Budgetierung auf diesem Konto für gerechtfertigt.*

27 / 72

S. 337	<b>50</b> <b>5026</b> <b>3180 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Musikschule Konservatorium Zürich</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>214.</b>	Antrag Stadtrat				370 000	Mehrheit
			50 000		320 000	Minderheit
		Begründung:	Grafikarbeiten vergünstigen, weniger Leistungen an Externe im Zusammenhang mit Veranstaltungen			
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 215.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 1 Million Franken. Nachdem ich mich genauer vorbereitet hatte, musste ich feststellen, dass eine Kürzung von bis zu 5 Millionen Franken angebracht wäre. Wir haben in der schriftlichen Begründung das Thema Gängelungen im Bereich Nahrung erwähnt. Für diesen Bereich wurden zwei zusätzliche Personen eingestellt. Das Volk hat hier seine Unterstützung zugesagt. Die Veganer befinden sich auf dem Marsch durch die Institutionen. Die Auswirkungen werden sich erst in fünf Jahren richtig zeigen. Primär geht es uns bei diesem Antrag aber um die Fachstelle für Sexualpädagogik und um die Suchtpräventionsstelle. Auf der Webseite der Fachstelle für Sexualpädagogik heisst es, die Fachstelle wolle Jugendliche zum Thema Sex, Liebe und Freundschaft informieren. Aus meiner Sicht ist das eine Lüge. Sieht man sich die Webseite genauer an, findet man nichts zum Thema Freundschaft. Auch in einem Kompendium zum Thema Liebe findet man wenig, ausser die folgende Aussage: «Liebe lässt sich nicht beschreiben oder erklären. Lass es einfach auf dich zukommen.» Das ist alles, was zum Thema Liebe gesagt wird. Es ist ein Kompendium zum Thema Sex. Es gibt zahlreiche Erklärungen, weiterführende Links, auch ein Gender-Kompendium mit der Angabe von zahlreichen Fachstellen, damit man herausfinden kann, wie man als Jugendlicher sein Leben einrichten soll. Beim Gender-Kompendium geht es um Sex in allen Lebenslagen, um Positionen beim Sex, Verhütung, die Pille danach. Es wird auch Abtreibung empfohlen. Ein weiteres Thema sind

Sexspielzeuge mit entsprechenden Abbildungen. Es wird Geld ausgegeben, damit ein Kind sich auf diese Weise informieren kann. Man ist offenbar der Meinung, dass das den Kindern zugemutet werden kann. Ebenfalls findet man die Aussage, dass im Altertum Analverkehr und Vaginalverkehr gleichbedeutend waren. Man sollte sich die Frage stellen, ob das kindercompatibel ist, und ob es wichtig ist, dass unsere Jugendlichen davon wissen, ganz abgesehen davon, dass es zuerst zu beweisen wäre, dass dies in der Antike tatsächlich der Fall war. Zu kritischen Punkten, so etwa zur Suizidalität von Homosexuellen, gibt es kaum Informationen. Es gibt aber Fakten, die über eine hohe Suizidalität sprechen. Das Bundesamt für Gesundheit veröffentlichte eine Studie aus dem Genfer Homo-Milieu. Davon erwähnt die Fachstelle nichts. Man findet nichts über Sexsucht. Man findet ein bisschen etwas über Promiskuität. Aber man findet nicht erwähnt, warum sich promiske Homosexuelle zwischen 30 und 40 Jahren das Leben nehmen, weil der Analmuskel nicht mehr hält, was er verspricht. Sie halten sich nicht dafür, mit Windeln herumzulaufen. Das ist einer der Gründe für die Suizidalität. Die BAG-Studie besagt, dass jeder fünfte Homosexuelle mindestens einen Selbstmordversuch unternommen hat. Man findet auf der Webseite nichts über seelische und körperliche Zerrüttung. Es geht uns nicht um die Leidenden, um die Intersexuellen, die unter ihrer Sexualität leiden. Dr. David Garcia Nuñez (AL) sprach kürzlich im Rat davon, dass er Menschen zu Gesprächen empfangen, die unter ihrer Sexualität litten. Bei diesen ging es jedoch um Intersexualität. Er sprach von einem Anteil von 1 %. Diese Zahl ist aber nicht bewiesen. Vor einigen Jahren sprach man noch von LGBTI. Heute spricht man nur noch von LGBT. Transsexuelle sind körperlich völlig normal. Es geht nur um eine psychische Veränderung. Gender als Idee, dass Transsexualität ein frei wählbares Geschlecht ist, wird vorangetrieben. Das hat aber nichts mit Intersexualität zu tun, mit einer medizinischen Befindlichkeit, wo Menschen wirklich von Geburt oder Jugend an handycapiert sind. Es ist die Vermischung von Transsexualität und Intersexualität. Man verwirrt die Kinder. Man darf heute den Begriff «pervers» nicht mehr verwenden. Es heisst, dass das bereits diskriminierend sei. Am besten würde man diese Webseite bereits heute auflösen. Zum zweiten Thema, der Präventionsstelle, werde ich nun aus Zeitgründen nichts mehr sagen.

**Alan David Sangines (SP):** Das Votum von Dr. Daniel Regli (SVP) zeigt, wie wichtig Aufklärung ist. Wenn man auf derart wirre Art Begrifflichkeiten von sexuellen Praktiken und dergleichen durcheinandermischt und auf der Tribüne des Gemeinderats Kinder zuhören, die den Zusammenhang nicht verstehen, verwirrt man Kinder tatsächlich. Es ist erstaunlich, dass jemand wie Dr. Daniel Regli (SVP), der so stark gegen Homosexualität ist, sich so ausführlich mit dem Thema befasst. Wir haben vor einigen Wochen im Rat darüber diskutiert, dass man homosexuelle Flüchtlinge separat unterbringen sollte. Von der SVP hörte man, man müsse den Flüchtlingen erklären, dass Homosexualität etwas Normales sei. Nun lässt die SVP zu, dass ihr Referent einen solchen Unsinn behauptet. Sie sollte sich schämen. Auch die Parteien der Top 5 sollten sich schämen, mit einer solchen Partei in den Stadtratswahlkampf zu ziehen. Damit es weniger Extremisten gibt auf allen Ebenen, hält die Mehrheit die Aufklärung in den Schulen für sehr wichtig und richtig. Zur sexuellen Desorientierung, die in der Begründung erwähnt wurde: Die einzigen Personen, die desorientiert sind, sind Menschen, die Aussagen machen wie Dr. Daniel Regli (SVP).

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Die unterschiedlichen Auffassungen und die Emotionen, die das Thema auslöst, zeigen möglicherweise, dass es ein Thema ist, das nicht intensiv in der Schule, sondern eher in den Familien behandelt werden sollte. Ebenfalls zu erwähnen wäre die Doppelspurigkeit. An der Pädagogischen Hochschule besuchen Lehrpersonen eine Woche lang eine Weiterbildung der Fachstelle für Sexualpädagogik. Man wird dort bestens ausgebildet, um einem Schüler oder einer Schülerin Auskunft zu geben, wenn die Frage gestellt wird, wie zwei Frauen miteinander Sex haben. Unabhängig davon, welche Haltung man zum Thema vertritt: Ich verstehe nicht, warum eine Fachstelle proaktiv in die Klassen gehen muss, um über das Thema zu sprechen. Das Thema ist im Lehrplan des Biologielehrers verankert. Alle Lehrer erhalten die entsprechende Weiterbildung. Man muss diese Fachstelle nicht aufblähen. Es braucht kein zusätzliches Gefäss neben dem Klassenlehrer und dem Biologielehrer.

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** Ich wurde im Votum von Dr. Daniel Regli (SVP) falsch zitiert. Ich sprach in der Diskussion von damals nicht von intersexuellen Personen, sondern von Transmenschen. Intermenschen sind nicht krank. Es ist eine Varianz des biologischen Geschlechts. Auch Transmenschen, Schwule oder Lesben sind nicht krank. Es sind alte Konzepte von Leuten wie Dr. Daniel Regli (SVP), die unsere Gesellschaft prägen. Er erwähnte die Genfer Studie. Die Zahlen sind korrekt, er erzählte aber in seinem Votum nur die Hälfte der Wahrheit. Wenn man nachfragt, warum sich die Leute umbringen wollten, werden Stigmatisierung und Diskriminierung genannt. Die Kinder bekommen all die Botschaften von klein auf mit: Man sei nicht normal, man sei pervers. Analsex sei total daneben, als ob heterosexuelle Menschen diesen nicht auch praktizieren würden. Die einzige Partei, die jedes Mal das Thema auf das Tapet bringt, ist die SVP.

**Markus Baumann (GLP):** Ich möchte Dr. Daniel Regli (SVP) ganz bewusst ansprechen. Wir kennen uns schon etwas länger und hatten auch beruflich schon miteinander zu tun. Ich wehre mich auch im Sinn der MeToo- und Sexismusdebatte. Wenn er auf Kosten von anderen Menschen Spass macht, ist das nichts anders als eine Beleidigung. Dr. Daniel Regli (SVP) hat suizidgefährdete Menschen lächerlich gemacht. Er hat das Thema Sexismus ins Lächerliche gezogen. Solche Aussagen sind nicht akzeptabel. Würden wir uns im Rat gegenüber Frauen oder Konservativen entsprechend äussern, würden wir von der SVP scharf kritisiert. Ich erwarte nach der Debatte ein persönliches Gespräch mit Dr. Daniel Regli (SVP) und eine Entschuldigung. Dies ist eine persönliche Erklärung von mir und ich hoffe, dass die weiteren Voten in eine ähnliche Richtung zielen werden.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Ich war der Ansicht, dass wir heute über das Budget diskutieren. Was wir nun gehört haben, ging klar zu weit. Man kann gegen einen Budgetposten sein. Es geht hier aber um persönliche Schicksale. Das Thema auf diese Weise ins Lächerliche zu ziehen, ist ungehörig. Die Ansicht, die wir von Dr. Daniel Regli (SVP) gehört haben, stammt aus dem 18. Jahrhundert. Ich halte diese Ansicht für sehr

*schwierig. Ich gehe angesichts der mehrheitlich betretenen Gesichter der SVP-Fraktionsmitglieder während des betreffenden Votums davon aus, dass es sich nicht um die Meinung und das Weltbild der SVP handelt, sondern um eine Einzelmeinung.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Ich kann Markus Hungerbühler (CVP) in seinem letzten Satz zustimmen. Ich persönlich habe ein anderes Weltbild. Ich erlaube mir nun, meine persönliche Meinung zu äussern. Für mich ist es kein Problem, wenn zwei Männer oder zwei Frauen sich lieben. Bei unserer Partei zählt der freiheitliche Grundgedanke. Dazu gehört auch, dass man sich andere Meinungen anhören muss. Dr. Daniel Regli (SVP) hat mit seinem christlichen Glauben einen anderen Bezug zum Thema. Meine Meinung ist eine andere. Für mich ist es kein Problem, wenn die Leute sich lieben. Sie sollen glücklich werden. Dass sie sich mit 40 Jahren umbringen, ist aus meiner Sicht Unsinn. Die Reaktionen im Rat haben aber während des Votums von Dr. Daniel Regli (SVP) gezeigt, dass er einen wunden Punkt getroffen hat. Die Webseite richtet sich an Jugendliche. Diese befinden sich im Übergang zwischen Kindheit und Erwachsensein. Die Webseite ist öffentlich. Im Rat hörte man als Reaktion während des Votums, man dürfe nicht darüber sprechen, da es auf der Tribüne Kinder habe. Mit dieser Reaktion wurde dem Grundsatz, den er kritisiert hat, Recht gegeben. In weiten Kreisen der Bürgerlichen ist Homosexualität kein Thema mehr. Eine tolerante, freiheitliche Gesellschaft hört aber auch jemandem zu, der ihr Bild von Toleranz nicht trägt, sie respektiert diese Person und reagiert normal.*

**Marcel Bührig (Grüne):** *Vor drei Jahren hat Dr. Daniel Regli (SVP) ein ähnlich beleidigendes und menschenverachtendes Votum gehalten. Er vertritt nach wie vor dieselbe antiquierte Meinung, die nichts mit der Realität zu tun hat. Die Sexualaufklärung in der Schule ist genau der Schlüssel, den es braucht, damit die Suizidrate bei Homosexuellen sinkt. Das Problem ist nicht, dass der Schliessmuskel nicht mehr funktioniert. Das Problem sind Haltungen und Moralvorstellungen in unserer Gesellschaft, wie wir sie nun gehört haben, und die an Kinder weitergegeben werden, die dann an der Schule andere Kinder mobben, die möglicherweise homosexuell sind. Solange auf einem Schulhausplatz das Wort «schwul» eine Beleidigung ist, braucht es die Sexualaufklärung. In den USA existieren in denjenigen Staaten, in denen keine Sexualaufklärung durchgeführt wird, die höchsten Raten an Teenie-Schwangerschaften und an Geschlechtskrankheiten bei Teenagern. Es braucht die Sexualaufklärung. Man muss offen damit umgehen. Wer dieses Thema auf eine solche Weise lächerlich macht, hat noch nicht realisiert, in welchem Jahrhundert wir uns befinden. Das Votum von Dr. Daniel Regli (SVP) ist unter aller Würde. Ich erwarte eine Entschuldigung gegenüber einer ganzen Bevölkerungsgruppe. Samuel Balsiger (SVP) hat ihn sogar noch verteidigt. Offenbar darf man als Christ jeglichen beleidigenden Unsinn behaupten. Wäre die Aussage von einem Muslim gekommen, sähe es anders aus. Das ist die Doppelmoral der SVP. Die evangelikalen Freichristen dürfen alles behaupten. Das hat nichts mehr mit Politik zu tun.*

**Alan David Sangines (SP):** *Ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen. Stefan Urech (SVP) sagte, es sei ein Thema, das die Familien mit ihren Kindern besprechen müssten. Gerade das, was wir heute gehört haben, zeigt, dass mir davor graut, wenn Kinder zu*

*Hause solchen Einstellungen ausgeliefert sind und nie andere Haltungen zu hören bekommen. Wenn Eltern ihren Kindern so etwas erzählen würden, wie wir es heute von Dr. Daniel Regli (SVP) gehört haben, würde die Suizidrate bei Homosexuellen auf jeden Fall steigen. Gerade deshalb braucht es die Aufklärung bei Jugendlichen im Übergang zum Erwachsenenalter. Die Behauptungen, wir seien Heuchler, weil wir darauf hingewiesen haben, dass Kinder auf der Tribüne sitzen, sind falsch. Es ist eine andere Klientel und der Rahmen ist ein anderer. Wenn Fachpersonen in die Schule gehen und Aufklärung leisten bei Jugendlichen oder Kindern im entsprechenden Alter und dies über die richtige Methode tun, ist das sehr sinnvoll und kann die Suizidrate reduzieren. Wenn man aber einfach ein wirres Votum hört, in dem wild Studien und Zahlen durcheinandergewirbelt werden, ist das sehr schädlich. Die Kinder können es nicht einordnen. Diesen Punkt haben wir angesprochen. Samuel Balsiger (SVP) sagte, Dr. Daniel Regli (SVP) habe offenbar einen wunden Punkt getroffen. Es ist schäbig, wenn er dann wiederum sagt, das sei nun einmal dessen Meinung. Eine Beleidigung ist keine Meinung. Die Diskriminierung von Homosexuellen ist keine Meinung. Aus diesem Grund reagiert man intolerant auf Intoleranz, Beleidigungen und selektives Umherwerfen von Zahlen und Leidensgeschichten. Ich will niemandem etwas unterstellen. Aber eine Zahl ging vergessen. Viele Studien besagen: Je homophober eine Person sich äussert, umso unsicherer ist sie, was ihre eigene sexuelle Orientierung betrifft. Wenn die SVP hinter dem stehen kann, was Dr. Daniel Regli (SVP) gesagt hat, kann sie dem Antrag zustimmen, und sonst erhoffe ich mir, dass vielleicht auch einige Mitglieder zeigen, dass es nicht angeht, sich in einem Ratssaal auf diese Weise zu äussern, in dem sie nicht zustimmen. Das wäre ein Zeichen dafür, dass sie sich von solchen Aussagen distanzieren.*

S. 339	<b>50</b> <b>5050</b> <b>3010 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulgesundheitsdienste</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>215.</b>	Antrag Stadtrat				15 583 800	Mehrheit
			1 000 000		14 583 800	Minderheit
		Begründung:	Abbauen des Personals, welches sich mit unnötigen Bemüssigungen im Bereich Nahrung, Bewegung, sexueller (Des)orientierung und linksideologischer Suchtprävention beschäftigt			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 20 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

32 / 72

Antrag 216.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Bei diesem Konto geht es um Massnahmen, bei denen die Fachstelle für Sexualpädagogik nochmals vorkommt. Deshalb werde ich in diesem Rahmen Stellung nehmen zu meinem Votum aus dem vorhergehenden Antrag. Ich werde mich nicht entschuldigen. Ich habe mir gut überlegt, was ich in meinem Votum sagen will. Ich habe mehrheitlich aus der öffentlichen Webseite, die mit städtischen Geldern am Leben erhalten wird, zitiert. Man scheint nicht bereit zu sein, über den Inhalt zu sprechen. Niemand geht auf der Webseite auf die Themen Freundschaft und Liebe ein. Man hat das Kreuz aus dem Schulzimmer genommen und es mit dem Regenbogen ersetzt. Man muss sich nicht wundern, wenn es Minderheiten gibt, die die Sache beim Namen nennen und das öffentlich machen, was diese Parteien öffentlich machen. Es gibt keine Entschuldigung. Wenn die anderen Parteien bereit sind, auf diesen Webseiten differenziert über Liebe, Freundschaft, Ehe und Treue zu sprechen, bin ich auch bereit dazu, dass diese weiterentwickelt werden können. Auch auf diesem Konto bitten wir, die Kosten zu reduzieren, da sie schlecht eingesetzt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Im Sinne der Effizienz werde ich auf weitere Bemerkungen zum Thema verzichten. Die absurde Grundsatzdebatte wurde schon vorher geführt. Die Mehrheit hält die Budgetierung auf dem vorliegenden Konto für gerechtfertigt und lehnt die Kürzung ab.

S. 340	<b>50</b> <b>5050</b> <b>3180 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulgesundheitsdienste</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>216.</b>	Antrag Stadtrat				1 687 500	Mehrheit
			300 000		1 387 500	Minderheit
		Begründung:	Keine externen Gängelungen bei den Projekten Purzelbaum, «gesund durch den Kindergarten», Sexualpädagogik Lust & Frust, Dolmetscherdienste, Suchtprävention, Verzicht auf Schülerbefragung			
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

33 / 72

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 217.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Das Budget 2018 der Fachschule Viventa steigt auf 82 400 Franken. Das ist eine Erhöhung von 30 %. Als Begründung wird angeführt, dass mehr Kurse für Erwachsene und Elternbildung durchgeführt werden sollen, ebenso SOS+. Wir sind der Meinung, dass die Kursangebote nicht mehr per Post verschickt werden müssen. Man kann den Eltern zumuten, dass sie sich elektronisch über die Angebote informieren. Deshalb fordern wir eine Kürzung von 15 000 Franken. Ursprünglich wären es 25 000 Franken gewesen. Da wir bei Antrag 002. aber bereits 10 000 Franken gekürzt haben, haben wir den zu kürzenden Betrag nun auf 15 000 Franken angepasst.

**Alan David Sangines (SP):** Auch hier steigen die Kosten aufgrund der Preiserhöhung der Swisscom an. Zudem kam das neue Angebot 15+ dazu. Darum erachtet die Mehrheit die höheren Ausgaben als gerechtfertigt.

Weitere Wortmeldung:

**Shaibal Roy (GLP):** Die GLP wechselt aufgrund der Tatsache, dass der Tabellenantrag angenommen wurde, von der Enthaltung zur Mehrheit.

S. 343	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>				
	<b>5063</b>	<b>Fachschule Viventa</b>				
	<b>3101 0000</b>	<b>Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>217.</b>	Antrag Stadtrat				82 400	Mehrheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			15 000		67 400	Minderheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
						Enthaltung Shaibal Roy (GLP)
		Begründung:	Weniger Broschüren drucken, vermehrt auf Internet setzen			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 002. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minder-

34 / 72

heit neu eine Kürzung um 15 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 218.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Der Betrag auf diesem Konto sank zwischen 2014 und 2017 von 145 000 Franken auf 89 000 Franken. Für 2018 soll er weiter um 5700 Franken gesenkt werden. Wir sind überzeugt, dass diese Kürzung noch höher ausfallen könnte. Die Begründung dafür, dass der Betrag weniger ausgeprägt sinken soll als in der Vergangenheit, liegt darin, dass die Pauschalspesen der Dienstchefin verdoppelt werden. Die VBZ-Billette werden verdoppelt. Die Kleinspesen nehmen massiv zu. Wir sind überzeugt, dass hier 40 000 Franken reduziert werden können.

**Alan David Sangines (SP):** Ich war der Ansicht, dass es im vorliegenden Antrag um die temporären Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit geht. Die Fachschule Viventa wirbt vermehrt online für ihr Angebot, zum Beispiel auf Google. Ansonsten wurde auf diesem Konto tiefer budgetiert. Eine weitere Reduktion halten wir nicht für angezeigt und lehnen die Kürzung deshalb ab.

S. 343	<b>50</b> <b>5063</b> <b>3107 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Fachschule Viventa</b> <b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>218.</b>	Antrag Stadtrat			40 000	83 700 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
					43 700 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Die Fachschule Viventa benötigt deutlich weniger PR

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

35 / 72

Antrag 219.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Wir haben jeweils den Eindruck, dass sich hinter den Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter eine versteckte Personalerhöhung verbirgt. Auf diesem Konto wurde für 2018 dreimal höher budgetiert als bisher. Statt 110 000 Franken sind es neu knapp 324 000 Franken. Als Begründung wird angeführt, dass die Entsorgungskosten gegenüber 2017 zehnmal höher seien. Man habe Betreuungskosten, die massiv zunehmen würden. Wir sind überzeugt, dass auf diesem Konto bei den Grafikkosten und den Beratungen 25 000 Franken reduziert werden kann. Bei 15+ SOS wollen wir selbstverständlich nicht reduzieren.

**Alan David Sangines (SP):** Die Steigerung auf diesem Konto ist hauptsächlich auf die externen Praktikumsplätze des Angebots 15+ zurückzuführen. Die Grafikkosten blieben gleich. Für die Beratungskosten ist noch ein Drittel der Kosten vom letzten Jahr budgetiert. Deshalb lehnt die Mehrheit den Antrag ab.

S. 343	<b>50 5063 3180 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Fachschule Viventa Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>219.</b>	Antrag Stadtrat				323 700	Mehrheit
			25 000		298 700	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht auf Grafikkosten und Beratungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 220.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** Auf diesem Konto sind die Budgetanträge von 55 000 Franken

auf 53 000 Franken gesunken. Im Zeitalter der Digitalisierung sollte es allerdings möglich sein, dass man den Postversand reduzieren kann und eine Einsparung von 25 000 Franken möglich ist. Abgesehen davon ist es ein echter Beitrag an Umwelt und Gesundheit, wenn weniger gedruckt und verschickt wird. Wir sollten die digitalen Medien nutzen.

**Alan David Sangines (SP):** Es ist der letzte Antrag aus dem Schul- und Sportdepartement. Wir haben heute gelernt, dass Bildungspolitik, Tagesschule und Betreuung nicht für die Top 5 gilt. In ihren sieben Versprechen für Zürich ist Schule und Bildung zwar enthalten. Sie sollten diesen Punkt aber vielleicht besser wieder entfernen. Beim vorliegenden Konto geht es um Post- und Telekommunikationsgebühren. Diese sind tiefer als in den Rechnungen der letzten vier Jahre. Deshalb lehnt die Mehrheit die Kürzung ab.

S. 343	<b>50 5063 3181 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Fachschule Viventa Post- und Telekommunikationsgebühren</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>220.</b>	Antrag Stadtrat				47 400	Mehrheit
			25 000		22 400	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Weniger Versände, mehr auf Internet setzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## SOZIALDEPARTEMENT

### Antrag 221.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Ich werde die von uns beantragten Lohnkürzungen nicht in jeder Dienstabteilung so ausführlich begründen wie bei dieser, sondern jeweils erläutern, wo man aus unserer Sicht idealerweise Einsparungen vornehmen könnte. Wir verlangen

über das gesamte Sozialdepartement Lohnkürzungen um 10 %. Eine Ausnahme stellt die Laufbahnberatung dar. Dort werde ich noch begründen, warum wir eine Kürzung von mehr als 10 % fordern. Das Sozialdepartement leistet nicht schlechtere Arbeit als die übrige Stadtverwaltung. In den letzten Jahrzehnten gab es beim Personal in der Stadtverwaltung stetes Wachstum. Zwischen 2005 und 2014 gab es in der gesamten Stadtverwaltung einen Personalzuwachs von 20 %. Das Bevölkerungswachstum betrug in dieser Zeit lediglich 10 %. Ich möchte darauf hinweisen, dass die höchste Bevölkerungsdichte in der Stadt 1962 war mit fast 450 000 Einwohnern. Diese Schwelle haben wir noch nicht erreicht. Damals hatten wir wesentlich weniger Personal. Einer der Gründe, warum wir eine stetige Zunahme des Personals haben, ist, dass viel mehr Aufgaben von der Stadt übernommen werden. Somit ist es ein politisch-ideologischer Grund. Wir wollen diesen Zuwachs stoppen. Deshalb fordern wir zum wiederholten Mal eine Bestandesreduktion beim Personal. Bei der Zentralen Verwaltung würde diese 487 500 Franken betragen. Nun ist es so, dass das Gegenargument kommen wird, dass für 2017 weniger budgetiert war als 2018. Man muss allerdings berücksichtigen, dass zwei Stellen an den Bereich Support Sozialdepartement übertragen worden sind. Vor zehn Jahren betrug das Budget in der Zentralen Verwaltung für das Personal noch 4 Millionen Franken. Das waren 800 000 Franken weniger. 1999 waren die Zentrale Verwaltung und Support Sozialdepartement noch nicht getrennt. Insgesamt kam man auf ein Budget von 11 Millionen Franken. Heute haben wir im Support Sozialdepartement allein 13 Millionen Franken. Dies zeigt die Steigerung in den vergangenen 20 Jahren klar auf. Wir fordern eine Kürzung von 487 500 Franken, dies entspricht 10 %. Die Kürzung soll primär beim Verwaltungs- und nicht beim Betriebspersonal erfolgen. Allenfalls kann man auch mit flacheren Hierarchiestufen arbeiten. Wir wollen nicht, dass die Kürzung mit Entlassungen, sondern durch Pensionierungen und Fluktuationen erreicht wird.

**Felix Moser (Grüne):** Es werden nun rund sieben Kürzungsanträge gestellt werden. Es werden Lohnkürzungen um 10 % beantragt. Das entspricht einer Personalkürzung von 20 %, da man die Personen nicht per 1. Januar entlassen kann. Die SVP hat den Eindruck, dass man die Kürzungen über Pensionierungen lösen kann. Es werden aber kaum so viele Personen pensioniert. Den Antrag in der Zentralen Verwaltung hält die Mehrheit nicht für angebracht. Wir haben schon zu Beginn der Budgetdebatte Stellenkürzungen in der Zentralen Verwaltung über die gesamte Stadt angenommen. Deshalb gibt es keinen weiteren Grund, beim Sozialdepartement in der Zentralen Verwaltung eine Stellenkürzung vorzunehmen.

38 / 72

S. 348	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3010 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>221.</b>	Antrag Stadtrat				4 874 600	Mehrheit
			487 500		4 387 100	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
						Begründung: Amt überdotiert, Kürzung um 10 % bei den Verwaltungsangestellten, nicht bei den Betriebsangestellten sparen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 222.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Ezgi Akyol (AL):** Wir beantragen eine Erhöhung des Beitrags an die AOZ für besondere städtische Integrationsleistungen. Die zusätzlichen Mittel sollen einerseits für zusätzliche Gemeinnützige Einsatzplätze (GEP) und andererseits für den Ausbau des Projekts Trampolin eingesetzt werden. Die Stadt bietet 144 Einsatzplätze an für Menschen im Asylverfahren und Vorläufig Aufgenommene. Der Einsatz bietet den Einsatzleistenden eine Tagesstruktur. Die Nachfrage ist so gross, dass eine Warteliste mit 50 Plätzen geführt wird. Auch beim Projekt Trampolin Basic ist die Nachfrage deutlich höher als das Angebot. Trampolin Basic ist ein praxisorientiertes Brückenangebot, das Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 25 eine individualisierte Berufsvorbereitung ermöglicht. Die beiden Angebote sollen ausgebaut werden.

**Christian Traber (CVP):** Die Minderheit ist der Meinung, dass das Angebot im derzeitigen Umfang und in seiner derzeitigen Organisation genügt. Der Stadtrat schlägt keine Erhöhung vor. Es mag sein, dass aktuell mehr Leute auf einen Platz warten. Es geht aber nicht an, dass wir via Budget eine Erhöhung für das ganze Jahr vornehmen.

Weitere Wortmeldung:

39 / 72

**Markus Baumann (GLP):** Die GLP wechselt von der Enthaltung zur Minderheit. Ich schliesse mich dem Votum von Christian Traber (CVP) an. Es mag sein, dass die Nachfrage höher ist. Es ist aber noch nicht schlüssig beantwortet, welche Wirkung erzielt wird. Ich bin der Meinung, dass man eine Erhöhung des Angebots ausserhalb der Budgetdiskussion angehen kann, vielleicht sogar in der Spezialkommission. Die GLP wäre bereit dazu, wenn man noch etwas mehr über die Wirkung erfahren würde.

S. 349	<b>55</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b>				
	<b>5500</b>	<b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b>				
	<b>3650 0303</b>	<b>Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>222.</b>	Antrag Stadtrat				3 466 000	Minderheit
				250 000	3 716 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Shaibal Roy (GLP)
			Begründung:	Erhöhung Anzahl Gemeinnützige Einsatzplätze (GEP) / Projekt Trampolin		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 223.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Michael Baumer (FDP):** Der Posten ist aus finanzpolitischer Sicht etwas schwierig. Ein freier Kredit wird für irgendwelche Projekte vorgesehen, bei denen niemand weiss, nach welchen Kriterien er vergeben wird. Es hat sich in der Vergangenheit zudem gezeigt, dass der Kredit nicht verwendet wird. Man kann den Betrag streichen und das Konto kann künftig aufgelöst werden.

**Felix Moser (Grüne):** Es ist ein freier Kredit, der nicht immer im gleichen Umfang beansprucht wird. Nichtsdestotrotz sind wir der Ansicht, dass er so im Budget belassen werden sollte. Mir wurde aus dem Votum von Michael Baumer (FDP) nicht klar, welche andere Fachstelle die Kredite vergeben sollte. Bei derjenigen Fachstelle, die mir zu

40 / 72

*diesem Thema in den Sinn kommt, sollen ebenfalls grosse Kürzungen vorgenommen werden. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass der Kredit im Budget belassen werden sollte.*

S. 350	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0460</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Freier Kredit für Frauenprojekte</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>223.</b>	Antrag Stadtrat				25 200	Mehrheit
			25 200		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Angebot kann durch andere Fachstellen geleistet werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 224.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Es geht um die subventionierte Kinderbetreuung. Es ist unbestritten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf breit abgestützt ist. Doch jedes Mal, wenn man ein Problem findet, findet man am Anfang des Problems den Staat. Wo der Staat eingreift und staatliche Regeln aufstellt, hat man am Ende hohe Kosten und unnötige Gesetze. Wir fordern, dass die Subventionen um 10 % gekürzt werden. Es geht nicht darum, dass es keine Kinderbetreuung geben soll oder Leute entlassen werden sollen. Es ist ein liberaler Ansatz. Vorschriften müssen abgeschafft werden. Einfachere Betriebe, auch Kleinbetriebe müssen möglich sein. Vor kurzem gab es ein bürgerliches Postulat, das genau diese Forderung enthielt. Der Lösungsansatz war gut. Es wurde gefordert, dass auch Kleinstrukturen in Wohnbereichen zu Kinderkrippen umfunktioniert werden können und dass vermehrt Eltern und Grosseltern einbezogen werden sollen. Zudem wurde gefordert, dass die staatlichen Vorschriften in Baubereichen, in der Kinderbetreuung, in der statistischen Auswertung, im Personaleinsatz, in der Betriebsführung und bei den Doppelspurigkeiten zurückgebunden werden sollen. Die SP hat genau den Teil, der das Prinzip von Vereinbarkeit von Familie und Beruf künftig retten könnte, aus dem Postulat gestrichen. Wir sehen unsere Kürzung von 10 % als Angebot für einen Lösungsansatz, dass man*

41 / 72

die Missstände, die der Staat fabriziert, ausmerzt und dass das System der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerettet werden kann. Wenn die sozialistische Politik weiterhin durchgesetzt wird, wird auch dieses System irgendwann aufgrund der Kosten zusammenbrechen.

**Felix Moser (Grüne)** beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Bei diesem Antrag geht es um einen Punkt, der in der Gemeindeordnung festgehalten ist: Die Stadt soll sich für Kinderbetreuung einsetzen. Weil es ein wichtiges Thema ist, beantrage ich Namensaufruf für diesen Antrag. Kinderbetreuung ist wichtig für Eltern, für Alleinerziehende und für die Wirtschaft. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt die Mittel, die im Übrigen gleich bleiben und nicht zunehmen, budgetiert und dass alle Kinder, die einen Platz benötigen, einen Platz zur Verfügung gestellt erhalten. Am vergangenen Mittwoch wurde in diesem Zusammenhang eine Medienmitteilung des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich veröffentlicht. Der Gewerkschaftsbund gab die Unterstützung von einzelnen Stadt- und Gemeinderatskandidaten bekannt. Ein Punkt des Papiers, zu dem sich die entsprechenden Kandidatinnen und Kandidaten verpflichtet haben, lautet, dass die Investitionen in den qualitativen Ausbau von Krippen, Horten und Schulen verstärkt werden müssen. Darüber hinaus muss die Subvention von Kinderbetreuung für noch mehr Familien zugänglich werden. Karin Rykart Sutter (Grüne) und Roger Bartholdi (SVP) gehören zu jenen, die sich zu diesem Punkt verpflichtet haben.

S. 351	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0670</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge für Eltern mit Anspruch auf subventionierte Kinderbetreuung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>224.</b>	Antrag Stadtrat				70 911 700	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			7 091 200		63 820 500	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Zu viele Subventionen, 10 % Kürzung			

Felix Moser (Grüne) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Felix Moser (Grüne) mit 117 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

42 / 72

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
171	Albrecht	Patrick	FDP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
121	Bartholdi	Roger	SVP	--
105	Baumann	Markus	GLP	--
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
061	Blättler	Florian	SP	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
120	Brunner	Alexander	FDP	JA
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	JA
069	Bürgisser	Balz	Grüne	JA
002	Bürki	Martin	FDP	JA
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	JA
062	Erdem	Niyazi	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA
101	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
102	Gredig	Corina	GLP	JA
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA

43 / 72

011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	--
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
046	Kraft	Michael	SP	JA
099	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
001	Küng	Peter	SP	JA
054	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
178	Liebi	Elisabeth	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
077	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
161	Meyer	Pirmin	GLP	--
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	--
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA

44 / 72

115	Pflüger	Severin	FDP	JA
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
044	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
112	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenthal	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
005	Rudolf	Reto	CVP	JA
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
003	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
176	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	--
041	Seidler	Christine	SP	JA
110	Señorán	Maria del Carmen	SVP	NEIN
098	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
124	Sinovicic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	JA
141	Urech	Stefan	SVP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
119	Vogel	Sebastian	FDP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
109	Widmer	Johann	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA

45 / 72

095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
063	Ziswiler	Vera	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 225.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Es geht um Beiträge an soziokulturelle Institutionen. Es gibt einen einfachen Grundsatz: Dort, wo der Staat in die Bresche springt, geht das zivilgesellschaftliche Engagement zurück. Am Anfang der Probleme steht der Staat. Wenn man viele Ausgaben hat, wenn sich die Leute nicht mehr engagieren im Quartier, wird sichtbar, dass sich der Staat in den Jahren zuvor eingemischt hat. Überall, wo früher Zusammenhalt und Gemeinschaft funktionierten, gibt es staatliche Strukturen. Wir wollen die Zivilgesellschaft schützen. Die Schweiz wurde gross, weil wir im eigentlichen Sinn eine Zivilgesellschaft haben. Diese war früher noch viel stärker. Wir wollen den Staat zurückdrängen, damit sich die Leute wieder mehr selber umeinander kümmern. Deshalb fordern wir bei den überflüssigen Kulturinstitutionen eine Kürzung um 50 %.*

**Felix Moser (Grüne):** *Wenn man dem Antrag zustimmen würde, müsste rund die Hälfte der Gemeinschaftszentren in der Stadt schliessen. Es handelt sich mehrheitlich um private Vereine, die durch die Stadt unterstützt werden, damit sie ihre Arbeit an der Gemeinschaft leisten können. Die Mehrheit ist der Meinung, dass die Gemeinschaftszentren in den Quartieren wichtig sind. Sie leisten wichtige Arbeit und sollen weiterhin unterstützt werden.*

S. 351 **55** **SOZIALDEPARTEMENT**  
**5500** **Sozialdepartement Zentrale Verwaltung**  
**3650 0900** **Beiträge an soziokulturelle Institutionen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>225.</b>	Antrag Stadtrat			17 885 100	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		8 942 600		8 942 500	Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Zu viele Angebote, Kürzung 50 %

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

#### Antrag 226.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Alexander Brunner (FDP):** *Es geht um eine moderate Kürzung beim Posten für die Asyl-Organisation bei Vorläufig Aufgenommenen. Die Kosten im Sozial- und Asylbereich steigen stetig an. Auf kantonaler Ebene fand die Abstimmung zum Sozialhilfegesetz statt, in der beschlossen wurde, dass Vorläufig Aufgenommene nun wieder wie vor 2011 Asylfürsorge und nicht mehr Sozialhilfe erhalten sollen. Das Stimmvolk hat dies deutlich bejaht. Wir glauben, dass die hohen Kosten weiterhin ein Thema sein werden. Man muss darauf achten, dass die Leistungen effizient und kostengünstig erbracht werden. Wir wissen aus dem Kanton, dass in diesem Bereich teilweise auch mit wenig Geld effiziente Leistungen erbracht werden. Hinsichtlich der Umsetzung der Abstimmung befürchten wir, dass es künftig in anderen Bereichen bei der Stadt kompensiert wird. Im Sinne einer Effizienzsteigerung fordern wir eine leichte Einsparung und bitten den Stadtrat und die AOZ, bedächtig mit den Mitteln umzugehen und nicht zu versuchen, aus allen Bereichen Mittel in diesen Bereich fließen zu lassen.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Auch hier gilt: Am Anfang des Problems steht der Staat. Die FDP fordert eine Effizienzsteigerung bei Vorläufig Aufgenommenen. Man erkennt auch hier: Der Staat ist nicht fähig, die Regeln durchzusetzen. Wenn jemand kein Recht auf Asyl hat und nicht an Leib und Leben bedroht ist, muss der Staat fähig sein, die Person in ihr Herkunftsland zurückzuschaffen. Vorläufig Aufgenommene leben über Jahre und Jahrzehnte in unserer Gesellschaft und profitieren vom Sozialstaat. Der Staat ist unfähig, die Regeln, die er selber aufstellte, durchzusetzen. Die Verwaltungen und der Bundesrat sind von Gutmenschen besetzt, die lieber in den Medien gut dastehen anstatt den Rechtsstaat zu verteidigen und jene Leute zurückzuschaffen, die kein Anrecht auf ein Leben in der Schweiz haben. Eritreer reisen in den Sommerferien jeweils zu Ferienzwecken in ihr Land zurück, in dem sie angeblich an Leib und Leben bedroht sind. Der Staat versagt überall dort, wo er sich ausbreitet. Er ist nur funktionsfähig, wenn er auf ein Minimum reduziert wird und seine Grundbereiche wie zum Beispiel Landesverteidigung und Grenzschutz gut umsetzt. Sobald er sich ausbreitet, hat man Missbrauch und Missstände. Das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und die Gerechtigkeit geht verloren. Wir drücken unseren Unmut mit einer sehr kleinen Kürzung*

47 / 72

aus. Eigentlich müsste man den kompletten Betrag der rund 14 Millionen Franken streichen, um den Staat zu zwingen, dass er seine Verpflichtungen endlich auch im Asylbereich wieder wahrnimmt.

**Felix Moser (Grüne):** Samuel Balsiger (SVP) und ich haben unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie ein guter Staat funktioniert. Zur FDP: Die Resultate der Abstimmung im Sommer sind in die Budgetierung miteingeflossen. Die Asylfürsorge ist eingeflossen und auch die Reduktion des Aufwands für die Vorläufig Aufgenommenen ist mit einberechnet. Deshalb gibt es aus Sicht der Mehrheit keinen Kürzungsbedarf.

S. 351	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3660 0350</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>226.</b>	Antrag Stadtrat				14 141 000 1 321 900 N	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			309 200		15 153 700	Minderheit 1 Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			1 321 900		14 141 000	Minderheit 2 Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	FDP: Effizientere Leistungserbringung bei langjährigen Vorläufig Aufgenommenen; SVP: Da die Verfahren zu lange dauern, werden die Beiträge des Novemberbriefs gekürzt			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(15 462 900)	73 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(15 153 700)	26 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(14 141 000)	<u>23 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

48 / 72

Antrag 227.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Wir fordern wiederum eine Kürzung von 10 %. Diese beträgt 1,332 Millionen Franken. Die Kürzung soll über das gesamte Departement stattfinden. Aufgrund der hohen externen IT-Kosten von 1,3 Millionen Franken können wir uns vorstellen, dass diese auch intern wiederum Personalkosten generieren und man dort für eine Kürzung ansetzen könnte.

**Felix Moser (Grüne):** Beim Support Sozialdepartement ist es nicht sinnvoll, so viele Stellen zu kürzen. Es werden Dienstleistungen für das gesamte Sozialdepartement im Bereich IT und so weiter erbracht.

S. 353	55 5510 3010 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Support Sozialdepartement</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
227.	Antrag Stadtrat				13 326 700	Mehrheit
			1 332 700		11 994 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Amt überdotiert, Kürzung 10 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 228.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Beim Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV beantragen wir ebenfalls eine Kürzung um 10 %. Der Aufwand hat sich gelohnt, einen Blick auf das Budget 2008 zu werfen. Damals betrug das Personalbudget noch 8 Millionen Franken. Nun stehen wir bei 11,5 Millionen Franken. Das ist eine klare Steigerung in zehn Jahren. Bei den EDV-Projekten sind relativ hohe Kosten vorhanden. Wir sind der Meinung, dass man in diesem Zusammenhang Lohnkosten sparen könnte.

**Felix Moser (Grüne):** Man sollte auch Rückschau halten, wie viele Leute in den vergangenen Jahren Zusatzleistungen bezogen haben und wie sich diese Zahlen entwickelt haben. Die Mehrheit hält Kürzungen hier nicht für sinnvoll. Es ist wichtig, dass Zusatzleistungen weiterhin pünktlich an jene Leute ausbezahlt werden können, die darauf Anspruch haben.

S. 356	55 5515 3010 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
228.	Antrag Stadtrat				11 586 700	Mehrheit
			1 158 700		10 428 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Amt überdotiert, Kürzung 10 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 229.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Ich begründe hier auch im Namen der FDP. Wir möchten, dass die Doppelspurigkeiten mit dem Kanton aufgehoben werden. Es gibt ein kantonales Netz von Berufsinformationszentren. Die Stadt bietet als einzige Stadt im Kanton eine eigene Laufbahnberatung an. Auch Winterthur hatte bis vor zehn Jahren eine eigene Laufbahnberatung. Aufgrund des negativen Budgets wurde die Stelle aufgelöst und dem Kanton übertragen. Wir fordern das gleiche für die Stadt Zürich. Es ist eine kantonale Aufgabe, die auch durch den Kanton erbracht werden soll. Es ist gesetzlich so geregelt. Die Stadt hat gesetzlich zwar die Möglichkeit, eine eigene Laufbahnberatung anzubieten, sie muss dies aber nicht tun. Die Stadt gönnt sich aus meiner Sicht eine Luxusleistung. Interessant sind auch die Lohnentwicklungen und die Entwicklung des Budgets der Laufbahnberatung. 2008 waren es noch 9 Millionen Franken. In den letzten zehn Jahren verzeichnen wir beim Lohnbudget eine Zunahme von 10 Millionen Franken für eine Dienstleistung, die die Stadt gar nicht selber

erbringen müsste. Man wird argumentieren, es sei eine gute Dienstleistung, von der alle profitieren. Das mag bei gewissen Gruppen stimmen. Leute, die von den RAV an das Laufbahnzentrum überwiesen werden, sagen hingegen, es habe nicht viel bewirkt. Wir haben darauf verzichtet, das ganze Budget für das Laufbahnzentrum zu streichen, aber wir fordern eine stufenweise Auflösung ab Juli 2018. Deshalb beantragen wir eine Kürzung von 4,7 Millionen Franken. Die Abteilung Stipendien mit rund 300 000 Franken Lohnkosten ist davon ausgeschlossen. Wir unterstützen die Abteilung weiterhin.

**Felix Moser (Grüne):** Das Laufbahnzentrum übernimmt durchaus Aufgaben, die vom Kanton entschädigt werden. Es gibt eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Laufbahnzentrum und dem Kanton. Das Laufbahnzentrum übernimmt gewisse Aufgaben, die der Kanton sonst selber übernehmen müsste. Das Laufbahnzentrum leistet gute und wichtige Arbeit, gerade für Jugendliche, die nicht wissen, welchen Beruf sie wählen wollen und wie sie vorgehen müssen in der Berufswelt. Es ist wichtig, dass die Weichen früh richtig gestellt werden und die Jugendlichen richtig beraten werden. Die Mehrheit steht hinter dem Laufbahnzentrum und möchte dieses nicht schliessen.

S. 360	55	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b>				
	5520	Laufbahnzentrum				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
229.	Antrag Stadtrat				9 720 600 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			4 710 300		5 010 300 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Gestaffelte Auflösung des Laufbahnzentrums per Juli 2018. Keine unnötige Doppelspurigkeit mit dem Kanton!			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 230.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 10 %. Die Kürzung soll über das gesamte Departement erfolgen. Ein Vergleich mit früheren Jahren war hier nicht möglich, weil die Vormundschaftsbehörde anders aufgestellt war als die KESB.

51 / 72

**Felix Moser (Grüne):** Natürlich war es früher anders. Es ist eine spezielle Argumentation, dass man darum einfach einmal 10 % kürzt. Die Mehrheit hält dieses Vorgehen nicht für sinnvoll.

S. 363	55 5530 3010 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
230.	Antrag Stadtrat				10 076 000	Mehrheit
			1 007 600		9 068 400	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Amt überdotiert, Kürzung 10 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 231.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 1 Million Franken. Wir gehen davon aus, dass, wenn eine Behörde eine Dienstleistung erbringt, sie die entsprechenden Fachleute und Experten bereits in der Behörde angegliedert hat. Das ist hier offenbar nicht der Fall. Man muss sich die Frage stellen, ob die Rekrutierung des Personals allenfalls zu einseitig erfolgt. Sobald eine Fragestellung zu komplex ist, so etwa in der Schuldenberatung, müssen offenbar externe Fachleute hinzugezogen werden. In der KESB sind in der Regel Akademiker angestellt. Bei diesen kann man andere Anforderungen stellen. Sie sollten in der Lage sein, auch in komplexen Fragestellungen selbstständig eine Dienstleistung zu erbringen. Bei einer medizinischen Begutachtung kann man es differenziert betrachten. Die Problematik bleibt, dass die Stellenbesetzung nicht so erfolgt, wie sie müsste, damit das Budget für die Dienstleistungen Dritter tiefer angesetzt würde.

**Felix Moser (Grüne):** Der grösste Teil der Gelder, die unter Dienstleistungen Dritter laufen, besteht aus Entschädigungen für Privatbeistände. Diese Gelder werden

52 / 72

*einerseits grösstenteils auf einem anderen Konto zurückbezahlt. Andererseits ist es sehr sinnvoll, wenn ein naher Verwandter oder Bekannter ein Beistand sein kann und nicht jemand von der KESB. Aus diesem Grund macht die Kürzung in den Augen der Mehrheit keinen Sinn.*

S. 363	<b>55</b> <b>5530</b> <b>3180 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>231.</b>	Antrag Stadtrat				3 000 000	Mehrheit
			1 000 000		2 000 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Mit eigenen Ressourcen umsetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 232.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Alan David Sangines (SP):** *Die Stadt hat im Rahmen eines Pilotprojekts während eines Zeitraums von 18 Monaten die Falllast von drei zufällig ausgewählten Sozialarbeitenden auf 75 Fälle pro Person reduziert. Die ZHAW hat das Pilotprojekt wissenschaftlich begleitet und zieht eine durchwegs positive Bilanz. Die «NZZ» schrieb, wir hätten den Antrag gestellt in der Hoffnung, dass man dadurch Kosten reduzieren könne. Ich betone, dass es sich nicht um eine Hoffnung handelt, sondern dass die Kostenreduktion durch die ZHAW nachgewiesen ist: Die reduzierte Falllast führte zu einer höheren Effizienz der Massnahmen, so etwa bei der Beratungsfrequenz oder dass man kurzfristig Unterstützung leisten konnte bei den Sozialhilfebeziehenden, so etwa bei Stellenangeboten. Gleichzeitig konnten die Kosten massiv gesenkt werden. Die effizientere Sozialarbeit führte zu einer rascheren Fallablösung von 21 statt 27 Monaten und zu um durchschnittlich 1472 Franken tieferen Fallkosten pro Fall. Unter dem Strich wurden dadurch bei der Sozialhilfe in Winterthur jährlich 1,5 Millionen Franken eingespart. In Zürich betreut eine sozialarbeitende Person ungefähr 95 Fälle. Den Sozialarbeitenden stehen jährlich durchschnittlich 14 Stunden pro Fall zur Verfügung.*

*Damit steht die Stadt besser da als früher, trotzdem sind 14 Stunden immer noch wenig, um nahe an den Sozialhilfebeziehenden zu bleiben. Die SP fordert daher eine Erhöhung des Personals, um die Fälle auf 85 Fälle pro Person reduzieren zu können. Die Investition dient allen Beteiligten: Der Arbeitslast der Sozialarbeitenden und den Sozialhilfebeziehenden, die mit geeigneteren Massnahmen rascher sozialhilfeunabhängiger werden. In Zürich liegt der Unterstützungsdurchschnitt bei 30 Monaten. In Winterthur konnte man von 27 auf 21 Monate reduzieren. Die Investition nützt auch den städtischen Finanzen, die durch schnellere Fallablösung und tiefere Fallkosten die Sozialhilfekosten reduzieren können. Michael Baumer (FDP) sagte gegenüber den Medien, es müsse das oberste Gebot der Sozialhilfe sein, die Personen möglichst rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren, damit sie sich ablösen können. Wir haben hier ein wissenschaftlich nachgewiesenes, unter dem Strich nicht nur kostenneutrales, sondern kostensparendes Angebot, um diese Forderung umzusetzen. Wenn die FDP ihre Forderung ernst meint, sollte sie hier zustimmen.*

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Wir beantragen 10 % Lohnkürzungen. Im Budget 2008 betrug das Gesamtbudget für Personalkosten 54 Millionen Franken. Heute stehen wir bei 70 Millionen Franken. Grundsätzlich bin ich einverstanden mit dem Votum von Alan David Sangines (SP): Wenn ein Sachbearbeiter mehr Zeit hat für die Fallbearbeitung, führt er diese in der Regel auch besser durch. Ich habe nichts dagegen einzuwenden. Es wäre zu hoffen, dass die Sozialarbeiter noch etwas mehr kontrollieren würden, damit auch die Sozialinspektoren weniger Arbeit hätten, weil die Vorarbeit richtig durchgeführt wird. Deshalb verlangen wir auch nicht primär Kostenreduzierung bei den Sozialarbeitern, sondern beispielsweise bei der Quartierkoordination oder beim Zentrum Karl der Grosse. Dort sehen wir Einsparungspotenzial.*

**Alexander Brunner (FDP)** *zieht den Antrag der Minderheit 3 zurück: Wir haben uns auf die Quartierkoordination fokussiert und waren der Meinung, dass man dort noch effizienter vorgehen könnte, indem pro Person zwei Stadtkreise abgedeckt würden. Wir haben uns nun aber entschlossen, unseren Antrag zurückzuziehen und wechseln zum Antrag der CVP.*

**Walter Angst (AL):** *Die AL ist nicht der Meinung, dass der dringende Bedarf in den Sozialen Diensten in erster Linie in der Senkung der Fallzahlen für die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besteht. Wir sehen diverse andere Bereiche, in denen es dringender wäre, mehr Ressourcen zu investieren und bei denen wir auch den Stadtrat auffordern, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. In erster Linie ist dies die Schulsozialarbeit. Seit 2012 fand keine Anpassung mehr statt. Stadtrat Gerold Lauber hat ein entsprechender Antrag gestellt. Es gibt einen dringenden Bedarf aufgrund der höheren Schülerzahlen. Im Bereich der persönlichen Hilfe, die ein Auftrag des Sozialhilfegesetzes an die Stadt Zürich ist, existiert ebenfalls ein Bedarf. Wir sind auch der Meinung, dass bei der Gemeinwesenarbeit, bei der Quartierkoordination ein Bedarf vorhanden ist, fokussiert auf die Gebiete, in denen Verdrängungen stattfinden. Wir sind nicht bereit, mit der SP einen Erhöhungsantrag zu unterstützen, der nur im Bereich der Sozialhilfe die entsprechenden Ressourcen fordert. Wir hoffen, dass der Stadtrat entsprechende andere Anträge stellen wird.*

**Karin Weyermann (CVP)** stellt folgenden Antrag zum Budget: Wir waren ursprünglich in der Enthaltung, da wir weder der Erhöhung noch den beiden Senkungen viel abgewinnen konnten. Insbesondere die Senkung der FDP ging für uns zu weit, weil sie eine Halbierung der Quartierkoordination forderte. Auch wir haben jedoch durchaus unsere Bedenken bei der Quartierkoordination. Wir haben auch ein Postulat unterstützt, bei dem es darum ging, dass die Zusammenarbeit zwischen Quartiervereinen und Quartierkoordination überprüft wird und dass man bei der Quartierkoordination genau hinsieht und Doppelspurigkeiten vermeidet. Wir haben die Antworten genau geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass bereits eine Stelle abgebaut wurde. Das, was mit dem Postulat in Auftrag gegeben wurde, wurde aber noch nicht wirklich dargelegt. Es ist uns bewusst, dass für die Umsetzung des Postulats noch ein Jahr zur Verfügung steht. Trotzdem möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass die Quartierkoordination reduziert werden sollte. Es gibt Doppelspurigkeiten, bei denen eine Reduktion möglich ist. Wir schlagen eine Kürzung von 100 000 Franken vor. Ab Mitte Jahr gerechnet sind dies rund zwei Stellen, die man bei der Quartierkoordination reduzieren könnte. Eine Erhöhung können wir im Moment nicht befürworten, auch wenn die Studie bekannt ist und gezeigt hat, dass eine Reduktion der Fälle tatsächlich zu einer schnelleren Fallablösung führt. Wir beobachten die Situation und möchten, dass der Stadtrat uns allenfalls bei einem zukünftigen Budget darlegt, welche Konsequenzen es für die Stadt hätte und welche Kosten anfallen würden, damit wir anhand dieser Fakten entscheiden können.

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** Auch die GLP wechselt zum Antrag der CVP. Es ist ein Folgeauftrag unseres Budgetpostulats des letzten Jahres. Wir wollen dieser Forderung nochmals Nachdruck verleihen. Wir erwarten, dass die Forderungen des Postulats umgesetzt werden.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Wir unterstützen den Antrag der SP, dass man die Fallzahlen senken soll. Wir haben dies im vergangenen Jahr in einer ähnlichen Form gefordert. Mehrere Untersuchungen belegen, dass bei tieferen Fallzahlen durch die Sozialarbeitenden genauer hingeschaut werden kann. Sie können Empowerment leisten, prüfen, ob eine Weiterbildung der richtige Weg wäre, um die Menschen aus der Sozialhilfe abzulösen. Das kostet den Staat am Ende deutlich weniger und ist wesentlich angenehmer für die betroffenen Personen, da sie nachher eine selbstständige Perspektive haben. Mit dem Antrag zur Quartierkoordination schneiden sich die Parteien aus unserer Sicht ins eigene Fleisch. Der Antrag schadet der Quartierbevölkerung und der Freiwilligenarbeit. Leider kam es zu einer Konkurrenz bei den Kompetenzen. Es bräuchte eine andere Haltung. Man müsste vielmehr bei der Quartierkoordination das abholen, was man abholen kann und sich unterstützen lassen in jenem Teil, der so anstrengend ist bei der Freiwilligenarbeit: Protokolle schreiben, Einladungen versenden, Koordination, Abklärungen und weitere Aufgaben aus diesen Bereichen. Viele Personen steigen aufgrund einer zu hohen Aufgabenlast aus der Freiwilligenarbeit aus. Wenn man die Quartierkoordination kürzt, wird diese Tendenz nur

*weiter gefördert. Der Support, den man sich als Quartiergruppe bei der Koordination holen konnte, wird beschnitten.*

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** *Es zeigt sich manchmal bei kleinen Beträgen und Anträgen, wie es um die Kompromissfähigkeit und in gewissem Sinne auch um die Vertrauenswürdigkeit in der politischen Zusammenarbeit steht, die wir im Rat pflegen. Wir haben vor einem Jahr beim gleichen Antrag eine Einsparung vorgenommen. Es wurde eine Stelle abgebaut. Man hat ein Postulat ausgearbeitet. Daran waren FDP, GLP und SP beteiligt. Das Postulat wurde im Rat breit unterstützt. Der Inhalt lautete, dass man die Rolle und die Aufgabe der Quartierkoordination in die Überprüfung der Schnittstellen zu den Quartieren einbeziehen soll im Zuge der Weisung, die wir im Rat zu den Beiträgen für die Quartiervereine gutgeheissen haben. Die Frist für die Erfüllung eines Postulats beträgt 24 Monate. Der Sozialvorstand hat die klare Bereitschaft gezeigt, das Postulat umzusetzen und zu erfüllen. Die gleichen Fraktionen, die mit uns vor einem Jahr einen Kompromiss eingingen, wollten nun die Hälfte der Stellen streichen. Immerhin gab es jetzt doch noch einen Kompromiss und man will nur zwei Stellen streichen. Ich frage mich aber, was das Postulat wert ist, das wir damals gemeinsam eingereicht haben und wie es um den Wert von Kompromissen steht, die wir im Rat schliessen. Wir konnten oft erleben, dass es um die Fähigkeit der Fraktionen nicht überall gleich bestellt ist, wenn es darum geht, Kompromisse auch wirklich einzuhalten. Ich appelliere an die Parteien, die am Kompromiss beteiligt waren, die Rolle, die sie hier spielen, noch einmal zu überdenken. Im Verlauf der Budgetdebatte wurde von Stephan Iten (SVP) gesagt, wenn man ein Postulat einreicht, warte man zuerst ab, was umgesetzt wird. Im Rahmen der Debatte zum Gesundheits- und Umweltdepartement sagte zudem der FDP-Fraktionspräsident, man solle nicht Aufträge geben und dann das Ergebnis vorwegnehmen. Wir befinden uns beim zweitletzten Antrag dieser Budgetdebatte und sie tappen genau in diese Falle, die sie zuvor als Grundsatz kommuniziert haben. Das wirft einen gewissen Schatten auf die Gespräche, die wir vor einem Jahr geführt haben.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** *Eine Bemerkung zum Thema Caseload der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter: Sozialarbeit kann man besser ausführen, wenn man mehr Personal hat. Das ist unbestritten. Das heisst aber nicht, dass man automatisch mit jeder zusätzlichen Aufstockung weniger Geld ausgeben muss oder dass es zu einer schnelleren Ablösung kommt. Die Winterthurer Erfahrung zeigt klar, dass sich Winterthur von einer sehr hohen Menge an Fällen danach in den Bereich von Zürich bewegte. Dass sich das finanziell lohnen kann, ist klar. Zürich befindet sich aber in einer anderen Situation. Man kann durchaus mehr tun. Ich teile hier jedoch eher die Meinung von Walter Angst (AL). Wenn wir ausbauen, dann wollen wir das gezielt in jenen Bereichen tun, wo es notwendig ist: Wohnungsmarkt und Arbeitsmarkt. Hier werden wir entsprechende Ideen und Vorschläge bringen. Zum Thema der Quartierkoordination: Ich bin Karin Weyermann (CVP) dankbar, dass sie ehrlich war bezüglich der Frist des Postulats. Wir hätten für das Postulat tatsächlich noch Zeit. Man sollte uns diese Zeit auch geben. Wir sind davon ausgegangen, dass wir zwei Jahre Zeit haben. Es wurde*

56 / 72

*nun so dargestellt, als hätten wir die Stelle, die dieses Jahr abgebaut wurde, ohnehin abbauen wollen. Das ist nicht der Fall. Der Stellenabbau fand aufgrund des Budgetentscheids des Gemeinderats statt. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, wir hätten die Stelle ohnehin abbauen wollen und dass man dann noch eine dritte oder vierte Stelle abbauen will. Ich fordere den Rat dazu auf, auch bei diesen Themen eine gewisse Verbindlichkeit zu zeigen. Wir haben die Möglichkeit, diese Themen in den Kommissionen zu diskutieren. Wir zeigen gerne auf, in welche Richtung es geht. Wir haben einige der Anliegen bereits 2017 umgesetzt und werden einiges anpassen. Wir haben etwas gelernt. Wir haben die Botschaft wahrgenommen und unternehmen etwas. Wir haben kein total neues Konzept innerhalb einiger Monate vorgelegt. Diesbezüglich bitte ich um Verständnis.*

S. 366	<b>55</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b>				
	<b>5550</b>	<b>Soziale Dienste</b>				
	<b>3010 0000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>232.</b>	Antrag Stadtrat				70 264 000	Minderheit 1
			7 026 400		63 237 600	Minderheit 2
				3 400 000	73 664 000	Mehrheit
			270 000		69 994 000	Minderheit 3
						Enthaltung
		Begründung:	SVP: Amt überdotiert, Kürzung 10 %, z. B. Karl der Grosse; SP: Reduktion Case-Load auf 85 Fälle pro Sozialarbeitende, um Kosteneinsparungen durch effiziente Massnahmen, schnellere Fallablösungen und tiefere Fallkosten zu erzielen; FDP: Kürzung Quartierkoordination: Abdeckung von 2 Stadtkreisen pro Stelle, Reduktion von 5,4 Stellen im 2. Halbjahr 2018			

Alexander Brunner (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 3 zurück.

Karin Weyermann (CVP) stellt folgenden Antrag zum Budget:

S. 366	<b>55</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b>				
	<b>5550</b>	<b>Soziale Dienste</b>				
	<b>3010 0000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>232.</b>			100 000		70 164 000	Karin Weyermann (CVP)
		Begründung:	Umsetzung Postulat GR Nr. 2016/430 und Abbau Doppelspurigkeiten			

57 / 72

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(70 264 000)	7 Stimmen
Antrag Mehrheit	(73 664 000)	55 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(63 237 600)	23 Stimmen
Antrag Karin Weyermann (CVP)	(70 164 000)	<u>40 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Mehrheit	(73 664 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(63 237 600)	23 Stimmen
Antrag Karin Weyermann (CVP)	(70 164 000)	<u>40 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

3. Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Dem Antrag von Karin Weyermann (CVP) wird mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

---

58 / 72

Antrag 233.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Auch hier beantragen wir eine Lohnkürzung um 10 %. 1999 hatten die Sozialen Einrichtungen zusammen mit den Sozialen Diensten ein Budget von 23,5 Millionen Franken. Heute liegt es bei 100 Millionen Franken. Die Zahlen sind mit Vorbehalt zu geniessen, weil die Struktur damals eine andere war. Die Steigerung ist aber sichtbar.

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit hält den Antrag für überhastet. Es ist nicht klar, wo die Kürzungen vorgenommen werden sollen. Es ist nicht klar, wie man durch Pensionierungen einsparen könnte, wie das vorhin einmal vorgeschlagen wurde.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Wenn man den Antrag genau betrachtet, kommt man zur Erkenntnis, dass er nicht überhastet, sondern sachgerecht und wohl durchdacht ist. Wir sind nun wieder in einer Situation wie so oft in der Budgetdebatte: Die SVP steht alleine da. Von der viel gepriesenen knappen bürgerlichen Mehrheit war kaum etwas zu sehen. Wenn, dann stieg entweder die CVP oder die GLP aus. Es ist bedauerlich, dass wir immer alleine dastehen und die bürgerliche Seite derart wackelt.

S. 370	<b>55</b> <b>5560</b> <b>3010 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Einrichtungen und Betriebe</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>233.</b>	Antrag Stadtrat				46 602 300	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			4 660 200		41 942 100	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Amt überdotiert, Kürzung 10 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

59 / 72

**3589. 2017/311**

**Weisung vom 13.09.2017:**

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget)**

Schlussdebatte:

***Dr. Davy Graf (SP):** Das Budget am Jahresende ist ein Moment, um innezuhalten und sich die Frage zu stellen, ob die Stadt gut dasteht, ob sie vorwärts schaut und ob sie auf soliden Grundlagen aufbaut. Ich kann diese Frage mit Ja beantworten. Einige Beispiele: Bei der Volksschule machen wir einen Paradigmenwechsel. Bei der BZO haben wir Dienstleistungszonen auch wieder für Gewerbe und Industrie geöffnet. Wir ermöglichen bezahlbaren Wohnraum in einer Stadt, in der alle Zeichen so stehen, dass die Mieten steigen. Wir schliessen die Lücken bei subventionierten Krippenplätzen. Wir gaben den Startschuss zu einer Velooffensive und zu einer stadtverträglichen Mobilität. Wir bauen Kongresshausinfrastruktur und finanzieren ein Eishockeystadion. Die Zeiten sind immer herausfordernd. Man konnte sich in den letzten Jahren nie einfach zurücklehnen. Der Kanton hat uns nie einfach etwas geschenkt. Es war auch nie so, dass alle gesagt hätten, dass die Wirtschaft rosig ist und keine Unsicherheiten vorhanden sind. Aber die Finanzen nach diesen Jahren sind stabil. Das Eigenkapital befindet sich auf einem Rekordhoch. Die Bevölkerung darf in Form der Leistungen der Stadt etwas zurückerhalten. Dafür braucht es keine Steuersenkungen oder unkoordinierte Kürzungsanträge. Die Aufträge der Bevölkerung sind klar. Sie wurden in den letzten Jahren in den Volksabstimmungen deutlich bejaht. Bei zahlreichen Abstimmungen ist jeweils eine sehr grosse Mehrheit der Bevölkerung der Politik, die die Stadt macht, gefolgt. In der Budgetdebatte haben wir gesehen, dass wir mit Budgetanträgen Velorouten beschleunigen konnten. Wir konnten beim Thema Verzicht bei den Erhöhungen der Gebühren der Alters- und Pflegezentren zum Nachdenken anregen. Beim Personal mussten wir keine massive Kürzung erleben, wie sie von den Top 5 beantragt worden war. Bei der Stiftung PWG konnten wir leider den Betrag nicht erhöhen, damit der Auftrag des Volks beschleunigt werden kann. Gegen Schluss der Budgetdebatte haben wir erlebt, wie der Sonderpädagogik Mittel entzogen werden. FDP und SVP lehnen das Budget leider ab. Bei der SVP ist es nicht verwunderlich. Bei der FDP ist es eine Entwicklung der letzten Jahre. In der Fraktionserklärung wurden von der FDP einige Dinge unerklärlich vermischt. Manchmal will sie Mittel entziehen, dann aufgrund des Wachstums und der Herausforderungen wieder investieren. 40 Millionen Franken bei den Steuersenkungen ist im Streubereich, 40 Millionen Franken als Budgetdefizit der Horror. Die FDP hat vor einigen Jahren zum ersten Mal das Budget abgelehnt. Damals war ich erstaunt. Danach gewöhnte man sich daran. Heute bin ich wieder besorgt. Wenn man diesem Budget mit dem entsprechenden Eigenkapital und den Aussichten nicht zustimmen kann, frage ich mich, was für ein Budget man will oder welche Leistungen man kürzen will. Die SVP hat die Kompromissfähigkeit verloren. Es ist eine Sackgasse, aus der es schwierig ist, herauszukommen. Ideen wurden kaum geäussert. Die SP stellt sich den Herausforderungen der nächsten Jahre. Wir wollen sie mit den breitmöglichsten Mehrheiten bewältigen und wollen die bewährte Politik der Stadt weiter fortführen. Wir nehmen das Budget an und danken der Verwaltung für ihre*

grosse Arbeit.

**Stefan Urech (SVP):** Der Einfluss der Neuwahlen auf die Budgetdebatte ist deutlich spürbar. Die SP war bereit, noch mehr Geld als sonst auszugeben. Aus unserer Sicht wurde die Budgetdebatte zu einem laschen Trauerspiel. Die Verantwortungsträger haben auf der ganzen Linie versagt. Ich spreche von den Amtsvorstehern und von den Sekretären, die wissen, wo man sparen kann. Es ist ein Versagen der Stadträte, die in diesen einkommensstarken Jahren die Richtung vorgeben müssten. Man will immer mehr. Am meisten schmerzt mich das Versagen des Gemeinderats. Er hat die Verantwortung und die Aufgabe, einen mässigenden Einfluss auf die Bestellerseite auszuüben. Es wird stets von Nachhaltigkeit gesprochen. Praktisch alles ist nachhaltig in der Stadt, beispielsweise die Verkehrspolitik oder die Bildungspolitik. Das einzige, was nicht nachhaltig ist, ist die Finanzpolitik. Man politisiert nur auf die nächsten 4 Jahre hinaus. Wir glauben an das gleiche Konzept Staat, haben aber eine andere Glaubensrichtung. Die einen mögen gut schlafen, wenn sie für alle möglichen Interessengruppen jede Menge Geld ausgeben. Wir wiederum können gut schlafen, weil wir unsere Arbeit gut gemacht haben. Während Monaten haben wir das Budget analysiert, Anträge gestellt, stundenlang unsere Ideen und Vorschläge besprochen. Die SVP hat 160 Ideen eingebracht, wo man sparen könnte. Die anderen Parteien finden immer einen Grund, warum diese nicht umgesetzt werden können. Wir haben einen Vorschlag gemacht, wie wir einsparen können in diesem guten Einkommensjahr. Der Vorschlag wurde von allen abgeschmettert. So starten wir in das neue Jahr und haben schon alles Geld ausgegeben, bevor das Jahr überhaupt begonnen hat.

**Michael Baumer (FDP):** Ein starkes Gemeinwesen wie die Stadt Zürich, das alle Aufträge erfüllen kann, muss auf gesunden Finanzen aufbauen. Insofern gebe ich Dr. Davy Graf (SP) recht: Die Voraussetzungen wären hervorragend. Wir haben in den Tagen der Budgetdebatte versucht, den erwähnten Streubereich wieder auf 0 zurückzuführen. Dr. Davy Graf (SP) sprach von unkoordinierten Kürzungsanträgen. Es setzten sich diejenigen Kürzungsanträge durch, bei denen mindestens eine Partei auf der linken Seite mitgemacht hat. Obwohl wir auf unserer Seite keine Mehrheit hatten, kamen wir auf ein Defizit von knapp 7 Millionen Franken. Es wäre möglich gewesen, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, wenn die linke Seite zwei oder drei weitere Anträge unterstützt hätte. Die Voraussetzungen wären hervorragend gewesen, insbesondere mit den Einnahmen. Für das kommende Jahr sind 100 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen geplant. Es ist unverständlich, dass es nicht möglich sein soll, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, das alle von Dr. Davy Graf (SP) genannten Aufgaben erfüllen kann. Es geht nicht um einen Kahlschlag. Das Parlament hat aus unserer Sicht die Chance nicht genutzt, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Deshalb lehnen wir das Budget ab. Wir befinden uns immer noch im negativen Bereich. In der Vergangenheit haben wir auch negative Budgets bewilligt. Dort sahen die finanziellen Voraussetzungen anders aus. Das Umfeld brachte uns massive Verluste ein. Diese Situation hat sich geändert. Die Wirtschaft läuft auf einem sehr guten Niveau. Die Bevölkerung verdient gut. Die FDP lehnt das Budget, das unter diesen Voraussetzungen immer noch negativ ist, ab.

**Markus Kunz (Grüne):** Wir haben während der Budgetdebatte nur Budgetkosmetik betrieben. Es ist ein demokratisches Recht, unsinnige Anträge zu stellen und zu erwarten, dass wir darauf reagieren. Der Skandal liegt jedoch an einem anderen Punkt. Ich möchte den grösseren Kontext ansprechen. Der Steuerfussantrag der Bürgerlichen ist nur die Spitze des Eisbergs. Dass er gestellt wird und dass wir im Wahlkampf sind, ist durchaus normal. Das kann man nicht beanstanden. Wenn allerdings ein um 2 % tieferer Steuerfuss einen Wahlsieg bringen würde, hätten wir vermutlich schon lange einen Steuerfuss, der gegen 0 tendiert. Es geht um etwas anderes. FDP, SVP und CVP haben im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht, die die Steuersätze für hohe Vermögen senken will. Damit würde die totale steuerliche Belastung von Millionenvermögen um etwa einen Drittel sinken. Als Begründung wird der Steuerwettbewerb angeführt. Wir führen im Gemeinderat stundenlang Debatten über 40 oder auch 7 Millionen Franken, weil es der bürgerlichen Politik in Bund und Kanton nicht gelingt, auch nur einen Hauch von Steuergerechtigkeit in diesem Land herzustellen. Steueroptimierung und Steuervermeidung gehören bei den Reichen und Mächtigen schon fast zum guten Ton. Wenn alle Menschen und Firmen in der Schweiz nach Gesetz und Verfassung und somit gemäss ihren finanziellen Möglichkeiten ihre Steuern bezahlen würden, könnten wir über eine Senkung des Steuerfusses sprechen. Diese müsste dann aber grösser ausfallen. Die Realität sieht anders aus. Steuerflucht, Steueroptimierung und Steuerhinterziehung sind Elemente einer bürgerlichen Steuerpolitik. Die Partei der Milliardäre und Millionäre und ihre Adlaten von FDP und CVP diktieren dem Staat, wie er mit den Finanzen umzugehen hat. Die Klientel dieser Parteien wird gut bedient, sei es in der Rüstungsindustrie oder in der Landwirtschaft. Der Steuerwettbewerb und die Steuertricks gehen in der Regel zulasten der Gemeinden, was zur Folge hat, dass wir während dreissig Minuten über 10 000 Franken diskutieren. Das Credo lautet: Sparen. Geht es der Stadt gut, wird eine Steuersenkung verlangt, geht es der Stadt schlecht, muss man ebenfalls die Steuern senken, damit sie einsieht, dass sie noch mehr sparen muss. Das Resultat dieser Politik sieht man in Luzern, in Schwyz oder in anderen Kantonen und Gemeinden, in denen der Karren bereits blutig an die Wand gefahren wurde. In diesem Licht ist auch eine leichte Steuerfussenkung ein falsches Signal. Man sollte stattdessen in Kanton und Bund den mörderischen Steuerwettbewerb auf Kosten der Gemeinden aufgeben, die Steuerhinterziehung nicht länger als bürgerliche Tugend bezeichnen und einen Beitrag zur Steuergerechtigkeit leisten. Wir Grünen sehen uns nach der Budgetdebatte nicht im Geringsten veranlasst, von unserer Fraktionserklärung abzuweichen. Wir sagen Ja zum Budget, Ja zu einem stabilen Steuerfuss und Nein zu einer Senkung des Steuerfusses. Wir möchten allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ausdrücklich für die gute Arbeit danken, sowohl im Hinblick auf die aufwändige Budgetdebatte, aber auch in Hinblick darauf, was sie jedes Jahr leisten.

**Shaibal Roy (GLP):** Ich möchte mich für die gute und effiziente Zusammenarbeit in der RPK und bei der Verwaltung bedanken. Wir konnten vorgängig Anträge abgleichen mit dem Ziel, die Budgetfahne zu entschlacken und Effizienz in die Debatte zu bringen. Die GLP pflegte sowohl auf der linken Seite und auch mit CVP und FDP eine offene und konstruktive Diskussion. In puncto Seriosität im Rat mit Präsenz und korrektem Abstimmungsverhalten muss ich die von mir aus gesehene linke Ratsseite kritisieren. Je akzentuierter der eigene Anspruch an Stringenz und Verantwortung war, desto konträrer

war die Umsetzung im Rat bezüglich Anwesenheit und dergleichen. Das ist nicht seriös und trägt der intensiven Arbeit, die die RPK, das ganze Parlament und die Verwaltung leisten, nicht genügend Rechnung. Die GLP hat ungeachtet von politischen Ausrichtungen oder irgendwelchen Wahlkoalitionen konsequent sinnvolle Anträge unterstützt, auch einige der SVP. Leider fanden wir nicht immer eine Mehrheit. Die Zielsetzung der GLP, dass man das Budget verbessert, konnten wir gezielt mit einzelnen Tabellenanträgen und substanziellen Einzelanträgen durchsetzen, beispielsweise mit einem Auftrag zur Kürzung von zehn Stellen in der engeren Verwaltung und bei den Stabsstellen. Die Stadt steht in den kommenden Jahren vor grossen Herausforderungen. Dies wird teilweise im aktuellen AFP 2018–2021 reflektiert. Dieser ist trotz prognostizierten dreistelligen Millionendefiziten leider immer noch nur die halbe Wahrheit. Die Realität wird wohl noch viel trüber ausfallen. Uns erschliesst sich noch zu wenig, wie der Stadtrat die Herausforderungen angehen will und ob er die künftigen finanziellen Herausforderungen wirklich aktiv angeht. Passives Verhalten hat in der nahen Vergangenheit noch zu positiven Rechnungsabschlüssen geführt. Die Argumentation des Stadtrats, dies sei vor allem oder auch wegen Massnahmen des Stadtrats passiert, ist jedoch Augenwischerei. Wenn man den absoluten Betrag der Sondereffekte dem quantifizierten Betrag der Kostenbasisreduktionen gegenüberstellt, zeichnet sich ein eindeutiges Bild ab. Man profitiert überwiegend von Sondereffekten. Aktive Massnahmen sind nur marginal vorhanden. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass es Zeit für eine Trendwende ist. Wir tragen das Budget mit. Wir zeigen keine Volatilität. Die GLP als tragende Mittepartei wird die Trendwende mittragen und einen stabilen mittelfristigen Steuerfuss für die Bevölkerung sicherstellen, und sie wird dies ab der nächsten Legislatur nicht nur im Parlament, sondern auch mit einer starken, tragenden Kraft im Stadtrat tun.

**Walter Angst (AL):** Mein Vorredner hat uns für eine effiziente Abwicklung der Budgetberatung gelobt. Ich kann ihm darin nicht vollständig beipflichten. Wir haben eine langfädige und lange Beratung geführt, die nicht notwendig gewesen wäre. Es waren die Folgen des Rufs von Herrliberg, die unsere Kolleginnen und Kollegen zu Nachtarbeit gezwungen haben, auf der Suche nach Potenzial, um die Stadt auf den richtigen Weg zu führen. Auch die Art und Weise der Debatte war nicht sehr effizient. Ich habe zwei Anmerkungen. Erstens: Wir haben es verpasst, bei der dringenden Sanierung der Spitäler ein Zeichen zu setzen, dass auch auf Seiten der Stadt ein Beitrag geleistet wird, um Eigenwirtschaftlichkeit erreichen zu können. Zweitens: Ich habe den Eindruck, dass wir in Bezug auf die Bauprozesse und Investitionsstaus einen gangbaren Weg aufgezeigt haben, der zum Erfolg führen könnte, damit der dringende Bedarf, der insbesondere im Schulbereich vorhanden ist, beschleunigt befriedigt werden kann. Der entscheidende Punkt, an dem sich entscheiden wird, wo die Stadt hingehen wird, ist die Frage, ob die Stadt ein Gemeinwesen ist, das in einem Umfeld solidarisch ist, oder ob die Strategie, ein Leuchtturm zu sein und immer mehr Ressourcen anzuhäufen, zu wachsenden Spannungen führen wird. Wir haben in der Fraktionserklärung erwähnt, dass wir 2018 im Finanzhaushalt eine Einlage von 467 Millionen Franken auf der Basis der Steuereinnahmen 2016 bezahlen werden. Das entspricht 15 % der Steuereinnahmen. Jede zusätzliche Ansiedlung wird zu 70 % abgeschöpft. Es ist kein einmaliger, sondern ein dauerhafter Effekt, dass sich das Umland, die Agglomeration, der Kanton und die Stadt massiv auseinanderentwickeln. Das macht uns Sorgen. Unserer Meinung nach sollte

nicht auf Standortförderungs politik gesetzt werden, wie dies nun in der Stadtentwicklung diskutiert wurde. Wir sollten darauf setzen, dass in der Breite, in der Bildung etwas aufgebaut werden kann, das dauerhaft ist, das ein solidarisches Zusammenleben ermöglicht und das ermöglicht, dass in der Stadt Zürich sämtliche Bevölkerungsgruppen abgebildet sind und die Verdrängungs- und Veränderungsprozesse nicht in diesem rasanten Ausmass weiter fortschreiten. Das ist eine Form von Gerechtigkeit. Ich war erstaunt über die Aussage von Michael Baumer (FDP), dass die FDP das Budget ablehnen müsse, weil keine Null erreicht worden sei. Was wir geleistet haben, ist nicht überwältigend. Es gab 14 Millionen Franken an Pauschalkürzungen, wir haben Sondereffekte bei der ZKB abgeschöpft, bei den Parkhäusern, bei den Parkgebühren. Insgesamt waren es 30 Millionen Franken. Wir hätten uns Roger Bartholdi (SVP) anschliessen können und den ZKB-Gewinn erhöhen können. Dann wäre es eine Null gewesen und dann wäre die Welt in Ordnung gewesen. Diese Kosmetik hätte die FDP offenbar erfreut. Wir sind der Ansicht, dass wir sinnvolle Beschlüsse gefällt haben. Die Stadt steht stark da. Das Eigenkapital wird auch Ende 2018 noch grösser sein als heute und über der Milliarden-grenze liegen. Das ist bemerkenswert. Der SVP-Sprecher sprach von Versagen. Das Versagen in der Budgetdebatte liegt meines Erachtens im Umgang der zweitgrössten Fraktion mit einem Mitglied, das Äusserungen tätigt, die verletzend sind und zutiefst die Art und Weise, wie der Rat miteinander umgehen will, karikieren. Man sollte sich überlegen, wie man mit einem Versagen wie diesem umgehen will. Dauerhaft sind solche Situationen unerträglich.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Wir haben drei Tage lang debattiert. Ich habe die Fraktionserklärungen vom ersten Tag und die Selbstbeweihräucherungen, wie gut es uns geht, Revue passieren lassen. Die SP sagte, sie befürworte in erster Linie bezahlbare Wohnungen und dies habe höhere Priorität als eine Steuersenkung. Man nennt dies Klientelpolitik. Wir sind der Meinung, dass die finanzielle Lage allen zugutekommen sollte. Darum braucht es eine Steuersenkung. Die SP ist nicht für alle, sondern für wenige und in erster Linie für sich selbst. Dasselbe kann man zum Thema Sonderpädagogik sagen. Die Krokodilstränen, die vergossen wurden, waren scheinheilig. Die SP will sparen, aber nicht bei den konkreten Anträgen. Sie spricht von Streubereichen, es sei alles nicht so schlimm und es gehe uns hervorragend. Die Steuereinnahmen sind tatsächlich hoch. Doch wenn diese wegfallen und es zu einem Einbruch in der Wirtschaft kommt, ist das diesen Personen egal. Sie jagen die Banken schon seit langer Zeit weg. Die Zensuren, die sie erteilt haben, ob ein Antrag gut oder schlecht ist, sind aus meiner Sicht grenzwertig. Dazu kommt die unseriöse Art, wie versucht wurde, gewisse Positionen zu verkaufen wie zum Beispiel bei den Spitälern. Wir werden alles daran setzen, dass sich in der neuen Legislatur etwas ändern wird, damit eine seriöse Finanz- und Haushaltspolitik stattfinden kann und es bei der nächsten Budgetdebatte anders aussieht. Die Grünen fielen vor allem durch ihren Cannabis-Vorstoss auf. Die GLP wiederum sprach in der Medienmitteilung davon, sie würde eine Trendwende unterstützen. Wäre dies wirklich der Fall, müsste sich die GLP auch für eine Steuersenkung aussprechen. Wir waren uns in einigen Punkten einig. Ich hoffe, dass sich die Verlässlichkeit noch verstärkt. Wir sind nur teilweise zufrieden mit der Debatte. Wir werden einer Steuerfussenkung zustimmen. Wir werden das Budget mit einem gewissen Widerwillen annehmen. Wir müssen uns aber nächstes Jahr weiter verbessern.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Der Stadtrat hat die Budgetdebatte mit Interesse verfolgt. Ich werde nicht ausführlich auf die einzelnen Massnahmen eingehen. Einige Änderungen sind teilweise ärgerlich, teilweise tragbar. Ich bin froh, dass die Lohnmassnahmen zustande gekommen sind. Dies wird von unserer Seite her einmalig bleiben. Zum Gesamtergebnis: Mit den Anträgen wurde das Minus von Budget und Novemberbrief von 43,4 Millionen Franken auf ein Minus von 7,0 Millionen Franken verbessert. Dies entspricht einer Veränderung von 36,4 Millionen Franken und somit keiner fundamentalen Veränderung des stadträtlichen Budgets. Wir können mit den Änderungen leben. Sollte es am einen oder anderen Ort nicht gehen, wird es einen Zusatzkredit geben. Es wurde ein ausgeglichenes Budget gefordert. Ich bin überzeugt: Auch wenn wir ein solches präsentieren würden, würden immer noch Anträge gestellt. Der Stadtrat hat sich bisher gehütet, das Budget künstlich auf eine bestimmte Zahl festzulegen. Wir versuchen, möglichst geradlinig zu fahren. Ich bin überzeugt, dass das Defizit von 7 Millionen Franken in der Rechnungspräsentation im Frühling 2019 eine positive Zahl sein wird. Analog zur Rechnung des folgenden Jahres ist auch klar, dass es weitere Jahre gelingen wird, das Eigenkapital auf einer guten Höhe zu halten, was wiederum den Spielraum gibt, die Stadt auf mittelfristige Sicht zu führen und alle Aufgaben auszuführen, die wir erfüllen müssen, ohne Hektik, sondern mit Weitsicht finanzpolitische Fragestellungen im Stadtrat zu entscheiden und diese dem Gemeinderat zu beantragen. Wir wollen eine attraktive Stadt bleiben in all den Dimensionen, die ich zu Beginn der Budgetdebatte erwähnt habe, in all den Aufträgen, die wir gesetzlich vom Bund und vom Kanton erhalten haben, die sich die Bevölkerung selber gesetzt hat und bei denen Bevölkerung und Unternehmen erwarten, dass wir diese erfüllen. Wir sind überzeugt, dass das die beste Grundlage ist, um erfolgreich sein zu können. Wir sind wirtschaftlich, sozial und ökologisch solide unterwegs. Behauptungen, wir würden die Banken zur Stadt hinaustreiben, sind vollkommen faktenfrei. Die neuste Steuerstatistik zeigt klar, dass die Banken als Branche wieder mehr Steuern zahlen. Von einer Vertreibung kann keine Rede sein. Wichtig ist für uns, dass wir nicht zu hektisch handeln. Eine Steuerfussenkung wäre aus meiner Sicht eine hektische, unnötige, allein dem Wahlkampf geschuldete Massnahme. Es gilt zuerst abzuwarten, wie die Gesamtsteuerreform ausfällt und wie weitere Rahmenbedingungen gesetzt werden. Danach kann man über eine Steuerfussenkung diskutieren. Aber man muss es letztlich auch von der wirtschaftspolitischen Entwicklung her anschauen. Man muss einen Beitrag leisten, dass die öffentliche Hand nicht permanent ausgehöhlt wird im Anspruch, dass die Besteuerung auf unter 15 % sinkt. Ich kann nur hoffen, dass die Parlamente der höheren Staatsebenen bei der Steuervorlage nicht wieder versuchen, etwas Unausgegorenes zu entwickeln. Damit würde die Unsicherheit noch grösser, und es ist klar, dass die Stadt sich wehren würde. Ich hoffe sehr, dass dies nicht notwendig ist. Ich bedanke mich für die grundsätzlich gute Zusammenarbeit. Die RPK hat sich bemüht, gewisse Regeln zu setzen. Vielleicht könnte man künftig noch etwas weniger Anträge und noch etwas weniger provozierende Voten halten. Letztlich entscheiden dies aber die Gemeinderäte. Ich danke auch der Finanzverwaltung und der RPK.*

65 / 72

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 2:

**Walter Angst (AL):** *Es geht darum, dass man die beschlossenen Lohnmassnahmen von 24,2 Millionen Franken auf die Dienstabteilungen übertragen darf. Es ist ein Auftrag, den man dem Stadtrat gibt.*

**Stefan Urech (SVP):** *Wir lehnen dies ab.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 3:

**Walter Angst (AL):** *Der Kernpunkt wurde von STR Daniel Leupi bereits erwähnt. Mit einer hektischen Steuerfussdiskussion fährt man nicht gut. Die anderen Gemeinwesen im Kanton gehen auf diese Weise vor. Die Stadt tut gut daran, die Finanzpolitik von Martin Vollenwyder fortzuführen und in einer Situation, in der nicht klar ist, was in den nächsten Jahren mit den Unternehmenssteuern passiert, nicht oder noch nicht am*

*Steuerfuss herumschrauben. Es kann auch sein, dass der Steuerfuss in die andere Richtung geht, wenn man grosse Projekte realisieren möchte.*

**Michael Baumer (FDP):** *Es geht um den Steuerfuss der Stadt Zürich. Wenn wir schon beim Thema Steuergerechtigkeit sind: Es geht um die Leute, die trotz des hohen Steuerfusses von 119 % ihre Steuern bezahlen. Wir legen im Rat in der Regel den Steuerfuss für den Mittelstand fest, nicht für Millionäre. Es war nun zu hören, man solle keine hektischen Übungen oder Wahlkampf machen. Wäre dies der Fall, hätten wir eine wesentlich grössere Senkung fordern müssen. Der Antrag ist nicht aus der Luft gegriffen. Wir haben zuletzt vor 10 Jahren die Steuern um 3 Prozentpunkte gesenkt. Seither haben wir 604 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen eingenommen. Man kann argumentieren, dass die Bevölkerung in diesen Jahren gewachsen ist. Das ist sie tatsächlich: um 12 Prozent. Die Steuereinnahmen sind aber um 25 % gewachsen. Offenbar haben wir mit der Senkung des Steuerfusses damals richtig gehandelt. Zürich ist ein attraktiver Standort. Wir wollen nun einen Schritt weitergehen. Martin Vollenwyder beantragte damals eine Senkung um 7 %. Der Gemeinderat passte diese auf 3 % an. Die Idee war, dass man mindestens 1 Milliarde Franken Eigenkapital haben wollte, damit die kleine Delle, bis die Steuersenkung sich wieder positiv auswirkt, ausgeglichen werden konnte. Wir werden auch dieses Jahr noch 1 Milliarde Franken Eigenkapital haben, auch nächstes Jahr, sogar mit der Steuerfuss-senkung. Es ist keine Hauruck-Übung. Der Finanzvorsteher sagte, man sollte den Steuerfuss für mindestens 4 Jahre gleich hoch halten können, damit es kein Auf und Ab gibt. Damit bin ich einverstanden. In Anbetracht dessen, wie sich der Kompromiss mit der Steuervorlage 17 angelassen hat, sind vermutlich mindestens 4 Jahre vergangen, bis das hier eintrifft. Insofern sind wir klar der Meinung, dass die Steuersenkung von zweimal 17 Millionen Franken, die es nun gäbe, und die nachher durch die Entwicklung ausgeglichen würde, sehr gut vertretbar wäre. Es ist ein Zeichen für die Stadtbevölkerung und den Mittelstand, dass man sich für diejenigen einsetzt, die in dieser Stadt wohnen, leben und arbeiten. Es ist eine sehr präzise Steuerfusspolitik, die konsistent ist und auch die nächsten Jahre beibehalten werden kann.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir jemals einen Steuerfuss von 1 Milliarde Franken werden beantragen müssen. Es wird so dargestellt, als ob die Leute abgezockt würden, die in der Stadt Steuern bezahlen. Sie erhalten eine Leistung, die offensichtlich so attraktiv ist, dass sie in immer höherer Anzahl in die Stadt kommen. Das spricht für sich. Beim Kanton, dem es finanziell noch etwas besser geht als uns, gibt es ebenfalls keine Steuerfuss-senkung. Der Regierungsrat ist ebenfalls der Meinung, dass es in der jetzigen Phase einen gewissen Spielraum braucht. Es ist kein kluger Vorgang, in der jetzigen Phase Steuern zu senken.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

67 / 72

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 117 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 4:

**Walter Angst (AL):** *Wir genehmigen das Budget der Wohnbaustiftung PWG. Es ist ein wichtiger Vorgang. Es erschliesst sich mir nicht, warum die FDP einen Ablehnungsantrag stellt.*

**Michael Baumer (FDP):** *Wir haben in der Debatte schon darüber gesprochen, dass wir die Beiträge für die Abschreibungen nicht mehr sprechen wollen. Die PWG greift auf eine Art und Weise in den Markt ein, die am Ende nur die Marktpreise erhöht, aber nicht dafür sorgt, dass Leute, die darauf angewiesen sind, tatsächlich in günstigen Wohnungen wohnen können. Aus diesem Grund sind wir zum Schluss gekommen, dass wir das Budget der PWG nicht bewilligen können, solange die Situation nicht überprüft und korrigiert wird.*

Weitere Wortmeldung:

**Walter Angst (AL):** *Es bleibt mir ein Rätsel, wie man mit dem Kauf von zwei Mehrfamili-*

68 / 72

*lienhäusern und zwanzig Wohnungen den Preis von Liegenschaften in der Stadt in die Höhe treiben kann. Dieses Geheimnis wird wohl weiter bei der FDP bleiben.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP)  
Enthaltung: Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 20 Stimmen (bei 23 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 5:

**Michael Baumer (FDP):** *Die Mehrheit ist der Meinung, dass das Budget für die Stiftung korrekt ist und man mit gutem Gewissen zustimmen kann.*

**Elisabeth Liebi (SVP):** *Wir sehen das anders. Das Budget für die Stiftung wurde von uns in den letzten Jahren stets abgelehnt. Auch dieses Jahr nehmen wir es ablehnend zur Kenntnis. Wir fordern nach wie vor mehr Kontrolle darüber, ob die einzelnen Wohnungen wirklich von Familien mit mehr als drei Kindern bewohnt werden. Zudem gibt es relativ viele Genossenschaftswohnungen in der Stadt. Aus diesem Grund sehen wir nicht ein, warum die Stiftung subventioniert werden sollte.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2018 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen)

69 / 72

zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 6:

**Peter Schick (SVP):** *Es handelt sich um einen einstimmigen RPK-Antrag. Wir beantragen, dass das Budget der Stiftung zur Kenntnis genommen wird. Das Budget liegt mit 1,3 Millionen Franken etwas tiefer als im Vorjahr. Entsprechend wurden auch beim Ertrag 1,3 Millionen Franken weniger budgetiert.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 7:

**Walter Angst (AL):** *Die Mehrheit beantragt, das Budget zur Kenntnis zu nehmen, mit dem Hinweis, dass sich die Stiftung auf den Bau von Liegenschaften auf städtischem Areal konzentriert.*

**Peter Schick (SVP):** *Die Minderheit sieht das anders. Die Stiftung ist überflüssig. Die Stadt verfügt über genügend Stiftungen, die sich mit dem Thema der bezahlbaren und ökologischen Wohnungen auseinandersetzen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.*

70 / 72

#### Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2018 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 8:

**Felix Moser (Grüne):** Mit dem städtischen Budget wurden die Beiträge an die AOZ bereits genehmigt. Nun geht es um die Kenntnisnahme des Globalbudgets mit den zwei Produktgruppen. Die RPK-Mehrheit bittet darum, das Budget der AOZ zur Kenntnis zu nehmen.

**Samuel Balsiger (SVP):** Die AOZ und der Schweizer Sozialstaat stehen am Ende der Wertschöpfungskette des kriminellen Machwerks der Schlepper. Seit 2014 sind 10 000 Menschen im Mittelmeer gestorben. Bei dieser Zahl wäre eine grundsätzliche Betrachtung des Problems notwendig. Wir nehmen den Bericht ablehnend zur Kenntnis.

71 / 72

#### Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2018 mit zwei Produktgruppen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

1. a. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2018 wird genehmigt.  
b. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2018 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 24 206 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2018 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.

72 / 72

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2018 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Dezember 2017 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat